

# ARGUMENTE

## 4/2010

Integration?  
Chancengleichheit!



# ARGUMENTE

## 4/2010

### Integration? Chancengleichheit

#### Impressum

**Herausgeber** Bundesverband der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD beim SPD-Parteivorstand

**Verantwortlich** Sascha Vogt und Jan Böning

**Redaktion** Thilo Scholle, Simone Burger, Ralf Höschele, Robert Spönemann

**Redaktionsanschrift** SPD-Parteivorstand, Juso-Bundesbüro, Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin

Tel: 030 25991-366, Fax: 030 25991-415, [www.jusos.de](http://www.jusos.de)

**Verlag** Eigenverlag

**Druck** Druckhaus Dresden GmbH

Die Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

# INHALT

<b>Intro</b> .....	<b>4</b>
Von <b>Thilo Scholle</b> , Mitglied im Juso-Bundesvorstand	

## Schwerpunkt

<b>Es geht nicht um den Islam, sondern um soziale Gerechtigkeit</b> .....	<b>5</b>
Von <b>Sineb El Masrar</b> , Herausgeberin der Frauen-Zeitschrift „Gazelle“	

<b>Zur aktuellen Integrationsdebatte</b> .....	<b>7</b>
Von <b>Rüdiger Veit</b> , MdB, Vorsitzender der Querschnitts-AG Migration/ Integration der SPD-Bundestagsfraktion	

<b>Chancengleichheit, Teilhabe, Anerkennung, Antidiskriminierung – Worum es in der Integrationsdebatte eigentlich gehen müsste...</b> .....	<b>9</b>
<b>Aufruf zur Debatte</b>	

<b>Integrationspolitik bei den Jusos</b> .....	<b>13</b>
Von <b>Thilo Scholle</b> , Mitglied im Juso-Bundesvorstand	

<b>Wer gehört zum neuen Deutschland?</b> .....	<b>17</b>
Von <b>Dr. Naika Foroutan</b> , Leiterin des VW-Forschungsprojektes „Hybride Europäisch- muslimische Identitätsmodelle/ HEYMAT“ an der Humboldt-Universität zu Berlin	

<b>Die neue kulturelle Avantgarde</b> .....	<b>27</b>
Von <b>Eren Güvercin</b> , freier Journalist	

<b>Was ist eigentlich Rassismus? .....</b>	<b>30</b>
Von <b>Karima Benbrahim</b> , Referentin bei IDA e. V.	
<b>Leitkultur und antimuslimischer Rassismus: um was geht es bei Integration eigentlich? Ein Kommentar zu den aktuellen Debatten.....</b>	<b>33</b>
Von <b>Ilhan Altiparmak</b> , studiert Politikwissenschaft und Islamwissenschaft an der Universität Heidelberg	
<b>Integrationsmainstreaming als Konzept.....</b>	<b>38</b>
Von <b>Günther Schultze</b> , Leiter des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung	
<b>Gesellschaftliche Vielfalt anerkennen: Aktuelle Bücher zur Integrationsdebatte ....</b>	<b>43</b>
Von <b>Thilo Scholle</b> , Mitglied im Juso-Bundesvorstand	
<b>Feminismus in der Einwanderungsgesellschaft – ein Aufschlag zur Debatte .....</b>	<b>48</b>
Von <b>Matthias Ecke, Daniela Kaya und Elena Pieper</b>	
<b>Qualifizierungsbedarf und Qualifizierungschancen junger Menschen.....</b>	<b>52</b>
Von <b>Dr. Mona Granato</b> , Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn	

# INTRO

Von Thilo Scholle, Mitglied im Juso-Bundesvorstand

Auch im Jahr 2010 wurde wieder viel über „Integration“ diskutiert. Was sich genau hinter diesem Begriff verbirgt, kann aber niemand sagen. Eine wirkliche Begriffsklärung wird jedenfalls in den öffentlichen Diskussionen nur selten vorgenommen, und wenn, dann driften viele Vorstellungen ins Absurde, wie die Diskussion über eine „deutsche Leitkultur“ als Orientierungspunkt für die Integration sehr eindrücklich gezeigt hat.

Es ist offensichtlich, dass zwar viele DiskussionsteilnehmerInnen von MigrantInnen eine „Integration“ in die Gesellschaft verlangen, selbst aber keine Vorstellung davon haben, was „die“ Gesellschaft eigentlich ausmacht. Anstelle der empirischen Realität von völlig unterschiedlichen Lebensstilen und Identitäten, Wertvorstellungen und politischen Einstellungen wird implizit immer nur von der eigenen Lebensrealität ausgegangen. Dass eventuell zwei Ingenieure aus unterschiedlichen Herkunftsländern mit einander mehr gemeinsam haben als mit Angehörigen anderer Berufsgruppen in ihrem Herkunftsland, wird ignoriert. Von Chancengleichheit zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind wir zudem in allen Lebensbereichen noch weit entfernt!

Wie selbstverständlich vorausgesetzt wird zudem, dass die Gesellschaft, in die sich jemand „integrieren“ soll, dies auch will. In der Folge werden reale Ausgren-

zungen und Diskriminierungen von Menschen mit Migrationshintergrund zum Beispiel im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt ignoriert und kleingeredet, während sich die deutsche Mehrheitsgesellschaft bequem zurücklehnen kann: „Integrationsverweigerer“, das sind doch die MigrantInnen, nicht ein Deutscher, der aus Prinzip keinem „Südländer“ eine Wohnung vermieten will... Diese Logik gilt es endlich umzukehren!

Vor diesem Hintergrund fühlen sich viele gerade junge Menschen mit Migrationshintergrund von der ständigen Forderung nach „Integration“ persönlich verletzt. Wir haben als Jusos daher einen Aufruf mit initiiert, der diese Verletztheit aufgreifen sollte, und der auch in diesem Heft abgedruckt ist.

Der im Herbst 2010 lancierte Aufruf „Demokratie statt Integration“ (<http://www.demokratie-statt-integration.kritnet.org/>) nimmt noch einen weiteren wichtigen Punkt in den Blick: Ist es eigentlich demokratisch, wenn eine Mehrheit für eine Minderheit definiert, was eigentlich „Integration“ ist, diese aber kein Mitspracherecht bei der Diskussion hat, weil sie tatsächlich (durch eine ausländische Staatsangehörigkeit) oder faktisch von öffentlichen Debatten ausgeschlossen ist?

Daher wollen wir im vorliegenden Heft nicht in die Falle tappen, nun diverse eigene Begriffe von Integration zu entwickeln. Für uns Jusos muss in dieser Frage immer noch in erster Linie gelten: Integration? Chancengleichheit! ●

# ES GEHT NICHT UM DEN ISLAM, SONDERN UM SOZIALE GERECHTIGKEIT

Von **Sineb El Masrar**, Herausgeberin der Frauen-Zeitschrift „Gazelle“

Schwerpunkt

Jahrzehntelang glaubte die deutsche Politik, die zweite und dritte Generation der Einwanderer würde sich automatisch integrieren. Im Unterschied zu ihren Eltern würden sie weder mit Sprachproblemen noch mit Konflikten um Werte und Normen zu kämpfen haben. Heute, vierzig Jahre später, gehören Arbeitslosigkeit, Gewalt und Kriminalität für einen Teil der Migrant\*innen zum Alltag. Als Ursachen dafür werden vor allem bei jungen Muslim\*innen auch Tradition und Religion genannt.

Die Folge: Seit Jahren diskutieren sowohl Muslim\*innen als auch Nichtmuslim\*innen über den Islam, statt sich mehr Gedanken um Wege der Integration und Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation zu machen. Jugendliche Gewalttäter stammen in der Regel aus schwierigen familiären Verhältnissen. Einige von ihnen sind muslimischen Glaubens und Nachkommen der ersten so genannten Gastarbeiter und politischer

Flüchtlinge. Die vielfach von Arbeitslosigkeit betroffenen Eltern sind wegen ihrer benachteiligten Situation und ihres mangelnden Verständnisses dafür, worauf es in Deutschland ankommt, oft kaum in der Lage, ihre Kinder beim Integrationsprozess zu unterstützen. Bereits im Vorschulalter treten Sprachprobleme auf, die auf mangelnde und schlechte Kommunikation im Elternhaus zurückgehen – wobei dies wahrlich kein Problem ist, das nur bei Migrant\*innen zu beobachten wäre. Diese Defizite verschärfen sich in der Schule. Die Eltern vermeiden die Auseinandersetzung mit den Lehrern und sind hilflos, wenn es darum geht, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen. Eine Förderung findet zu Hause kaum statt. Die Hoffnung, die Kinder würden schon in der Schule „gebildet“, wird schnell enttäuscht – das Bildungsniveau und die soziale Lage bleiben unbefriedigend. Die früh eintretende Frustration und der Wunsch, einen gewissen gesellschaftlichen und materiellen Status zu er-

reichen, ist gerade für männliche Jugendliche ein Anreiz, sich kriminellen Banden anzuschließen. Dort erhoffen sie sich Anerkennung und das schnelle Geld. Dass sie kriminell handeln, ist ihnen bewusst. Doch aus ihrer Sicht bieten sich kaum Alternativen – und ob das nun mit der eigenen Religion vereinbar ist oder nicht, spielt für sie zunächst keine Rolle. Dabei ist es ohne Zweifel so, dass vor allem junge Muslime einem Wertekonflikt ausgesetzt sind. Auf der einen Seite steht ein meist konservatives Elternhaus, auf der anderen eine deutsche Gesellschaft, die ihnen oftmals unmoralisch und diskriminierend erscheint. Für sie sind alle Deutschen gleich, egal ob arm oder reich, ob gebildet oder nicht. Deswegen sehen sich viele junge Muslime vor einer Wahl: Sie müssen sich für oder gegen die deutsche Gesellschaft entscheiden. Eine Zusammenführung beider Kulturen kommt ihnen gar nicht erst in den Sinn. Und so fällt die Entscheidung oft für die Herkunftskultur ihrer Eltern, mit deren Regeln sie vertrauter sind – was in manchen Fällen auch bedeutet, dass sie archaischen Bräuchen Verständnis entgegen bringen. In ihrem abgeschotteten Umfeld gibt es kaum jemanden, der solchen Sichtweisen widersprechen würde. Vor diesem Hintergrund sind es dann oft religiöse Vereine, die Jugendlichen eine Alternative anbieten und ihnen versprechen, dass der Islam die Lösung für alle persönlichen Probleme sei. Tatsächlich werden unter der Obhut von Imamen aus Jugendlichen, die mit Kleinkriminalität und Drogen Ärger hatten, oft überzeugte, konservative Muslime. Doch an ihrer Arbeitslosigkeit und ihrer mangelnden Bildung ändert dies nichts. Der Islam kann bestenfalls eine Brücke sein, aber er ist selten die Ursache und sicher noch seltener eine Lösung für die bestehenden

Probleme. Es geht also – und das muss die Mehrheitsgesellschaft verstehen lernen – nicht um den Islam, sondern um Integration und soziale Gerechtigkeit! Schließlich haben die Mehments und die Petras in Deutschland die gleichen Wünsche für ihr Leben. Und so wie auf der einen Seite eine Sonderbehandlung von Muslimen der falsche Weg wäre, so ist es auf der anderen für die Migranten an der Zeit, hier anzukommen und in dieser Gesellschaft aktiv zu werden. Zuhause in der Küche kann ja dann wieder jeder – egal ob Deutsch, Koreanisch oder Türkisch – sein eigenes Süppchen kochen. ●

# ZUR AKTUELLEN INTEGRATIONSDEBATTE

Von Rüdiger Veit, MdB, Vorsitzender der Querschnitts-AG Migration/ Integration der SPD-Bundestagsfraktion

Schwerpunkt

Es ist an der Zeit, dem aktuell in der öffentlichen Integrationsdebatte gezeichneten katastrophalen Bild der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland und dem häufig beschworenen vollkommenen Scheitern der Integration ein anderes Bild entgegenzusetzen. Denn die Debatte wird von einer doppelten Schuldzuschreibung dominiert. Auf der einen Seite sind da die „integrationsunwilligen“, häufig sogar „integrationsunfähigen“ Migranten, auf der anderen Seite ist die latent oder offen fremdenfeindlich eingestellte Mehrheitsgesellschaft. Integration gelingt oder misslingt jedoch nicht insgesamt und abstrakt, sondern in der jeweils konkret erfahrenen Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in der Schule, im Verein, um nur einige Beispiele zu nennen.

Im Rahmen der Evaluierungen für das Jahresgutachten des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration wurde die Zuwanderer- als auch die Mehrheitsbevölkerung genau nach ihrer Zufriedenheit in diesen zentralen Lebensbereichen befragt. Wie ist das Verständnis von Integration eigentlich im gelebten Alltag? Natürlich wird dies von den Einzelpersonen unterschiedlich bewertet und ich will keinesfalls verharmlosen oder gar negieren, dass es gerade hier auch starke Defizite gibt – gerade z. B. im Bereich Schule, wo sich immer wieder deutlich zeigt, dass besonders bildungsorientierte Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und höherem Sozialniveau ihre Kinder nicht auf Schulen mit einem hohen Ausländeranteil schicken wollen. Die Studie kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass der Integrationsalltag in den sozialen Lebensbereichen sowohl von der Zuwanderer- als auch der Mehrheitsgesellschaft im Durchschnitt durchaus als positiv wahrgenommen wird!

Beide Seiten haben demnach im Umgang mit Integration und gesellschaftlicher Heterogenität meistens gute Erfahrungen gemacht. Kulturelle Vielfalt wird in der Regel als Gewinn wahrgenommen und Abschottung abgelehnt.

„Integration“ ist für mich ganz praktisch die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben, und wie aus dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates hervorgeht, deckt sich dies mit der Vorstellung von Integration der Menschen, die in diesem Land mit und ohne Migrationshintergrund zusammenleben: Beide Seiten denken dabei an Wirkungen im sozialen Nahbereich.

Beide Seiten wünschen und hoffen auf mehr soziale Gerechtigkeit, auf mehr individuelle und gesellschaftliche Chancen durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, gerechtere und bessere Bildungschancen, Sprachkurse und die Bekämpfung von Diskriminierung.

Integration ist damit vor allem auch eine soziale Frage. Darum sollte es in der öffentlichen Diskussion eigentlich darum gehen, wie wir soziale Gerechtigkeit wieder herstellen, die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich bekämpfen und ein Schulsystem schaffen, dass es nicht nur der Bildungselite ermöglicht, problemlos bis zum Abitur zu gelangen. So war die Arbeitslosenquote bei Ausländern 2007 mit 20,3 Prozent beispielsweise etwa doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung, sie haben mit knapp 27 Prozent ein doppelt so hohes Risiko zu verarmen und sie sind mit 21 Prozent doppelt so häufig auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen. Das muss sich ändern und dabei will ich mithelfen. ●

# CHANCENGLEICHHEIT, TEILHABE, ANERKEN- NUNG, ANTIDISKRIMI- NIERUNG – WORUM ES IN DER INTEGRATIONS- DEBATTE EIGENTLICH GEHEN MÜSSTE...

Schwerpunkt

## Aufruf zur Debatte

Die Kakophonie an Wortmeldungen in der „Integrationsdebatte“ der letzten Wochen ist kaum noch zu überblicken. Auffällig ist vor allem eins: Ein Großteil derjenigen, die sich jetzt ausgiebig zu Fragen der Integrationspolitik äußern, haben in der Vergangenheit stets negiert, dass Deutschland überhaupt ein Einwanderungsland ist. Schlimmer noch: Immer wieder melden sich Stimmen zu Wort, die diese Behauptung auch heute noch aufrechterhalten, und unverhohlen davon sprechen, dass in Deutschland eigentlich schon zu viele „AusländerInnen“ – und darüber hinaus auch die falschen – leben würden.

Verbunden damit gefallen sich viele in pauschalen Urteilen und Einschätzungen zur „Integrationsfähigkeit“ von Menschen

aus bestimmten Herkunftsregionen oder mit bestimmten Religionszugehörigkeiten (unabhängig davon, ob diese Menschen sich selbst überhaupt über eine Religion oder über ihre Herkunft definieren).

An den tatsächlichen gesellschaftlichen Herausforderungen geht diese Art von Debatte auf dramatische Art und Weise vorbei. Sie befördert Stereotype und Klischees, und ist in Teilen schlicht rassistisch. Individuelle Erfolgsgeschichten und die ganz banale Tatsache, dass das Zusammenleben unterschiedlichster Menschen in Deutschland in der Regel funktioniert, werden ignoriert, oder als Einzelfälle abgetan. Gerade junge Menschen werden auf ihren (als problematisch dargestellten) Migrationshintergrund reduziert, die Normalität ihrer Wünsche, Träume und Pläne, ihr Anspruch, hier gleichberechtigt ihr Leben zu gestalten, wird ab-

getan, obgleich sie meist gar kein anderes Land als die Bundesrepublik als Heimat kennen.

Wortwahl und Pauschalisierungen der Argumentation sind zudem enorm verletzend. Sie führen bei vielen – gerade jungen – Menschen mit Migrationshintergrund jetzt zu Resignation und zu einem Gefühl der Ausgeschlossenheit, da ihnen durch eine breite Öffentlichkeit vermittelt wird, in Deutschland nicht erwünscht zu sein und nicht gebraucht zu werden.

Es geht in dieser Debatte eben nicht darum, „Probleme“, die zu lange ignoriert worden seien, endlich auszusprechen. Wer die Debatten um Integration in den letzten Jahrzehnten verfolgt hat, findet nahezu in jedem Jahr ein Beispiel dafür, wie Einwanderung problematisiert und diskreditiert wurde – von der rassistischen Doppelpasskampagne des Roland Koch bis zur Kriminalitätsdebatte bei der hessischen Landtagswahl 2008. Von einem Ignorieren solcher Themen, geschweige denn von einer Zensur der Meinungsfreiheit, kann also keine Rede sein.

Daher geht auch der Versuch einer „differenzierten“ Auseinandersetzung – das Ansprechen von Problemen bei gleichzeitiger Propagierung des Zieles der Chancengleichheit – oft ins Leere: Menschen mit Migrationshintergrund sind viel zu lange mit offener oder verdeckter, individueller oder struktureller Diskriminierung konfrontiert worden, als dass sich Fragen von Kriminalität oder Bildungsbeteiligung in einem Atemzug mit Fragen der Chancengleichheit und der gesellschaftlichen Teilhabe ansprechen lassen, ohne wiederum den Beigeschmack der Diskriminierung zu erzeugen.

Was ist also das Problem von und mit „Integration“? Zunächst einmal, dass niemand sagen kann, was „Integration“ eigent-

lich ist beziehungsweise sein sollte. Sich dieser Tatsache bewusst sind aber nicht viele derjenigen, die jetzt wortgewaltig die Talkshows bevölkern. Die meisten DebatteilnehmerInnen treten so auf, als gäbe es allseits akzeptierte Maßstäbe oder „Leitkulturen“ für „Integration“, die dann schlicht von den MigrantInnen zu beachten seien. Dies ignoriert völlig, wie viele unterschiedlichen Lebensstile, Milieus und Alltagskulturen in Deutschland vorhanden sind – bei Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund.

Erzeugt wird damit bei vielen Mehrheitsdeutschen die permanente Illusion, jemand sei erst dann „integriert“ wenn er oder sie so ist wie er oder sie selbst. Dies kann aber nicht gelingen: Genauso wie ein Atheist Schwierigkeiten bei der „Integration“ in einer katholischen Pfarrgemeinde haben dürfte, genauso dürfte auch die „Integration“ einer strikten Antialkoholikerin an einem Stammtisch in einer Kneipe misslingen. Nur: Ist dies gesellschaftlich problematisch? Unterschwellig kommt hinzu: Bei nicht wenigen wird jemand, der schon nicht so aussieht, als wäre er „von hier“ nie integriert sein.

Überhaupt keine Rolle spielt aktuell zudem die „Integrationsverweigerung“ der Mehrheitsgesellschaft – bei der Wohnungsvermietung, auf dem Arbeitsmarkt, bei Diskriminierungen im Alltag. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat erst kürzlich in einer repräsentativen Studie menschenfeindliche Verhaltensweisen in der Mehrheitsgesellschaft nachgewiesen. Demnach stimmen 58,4 Prozent der Aussage zu, dass die Religionsausübung von Muslimen in Deutschland stark eingeschränkt werden soll, etwa 30 Prozent der Aussage, bei knappen Arbeitsplätzen solle man Ausländer wieder zurück in ihre Heimat schicken.

Zu diesen Erkenntnissen passt auch die derzeitige Debatte über die sogenannte „Deutschfeindlichkeit“. Demnach sollen Deutsche Opfer von „rassistischen Diskriminierungen“ sein. Diese auf diskriminierende Einzelfälle abzielende Debatte geht an den tatsächlichen Problemen vorbei. Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft sind keinem strukturellen Rassismus ausgesetzt – im Gegenteil sind es MigrantInnen, denen der Zugang zum Bildungssystem und dem Arbeitsmarkt strukturell erschwert wird.

Genau diese „Integrationsverweigerung“, sprich die Bereitschaft, sich tatsächlich aufeinander einzulassen, voneinander zu lernen und auf Augenhöhe miteinander zu leben, müsste viel häufiger problematisiert werden. Jeder Mensch trägt Ressentiments in sich. Es kommt darauf an sich dessen bewusst zu werden und über eigene Verhaltensweisen zu reflektieren.

## Worum es daher geht

Realität ist, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund größeren Belastungen durch Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, oft schlechtere Bildungsabschlüsse erhalten, und von gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation ausgeschlossen sind. Es gehört zur Scheinheiligkeit der aktuellen Debatte, dass gerade diejenigen, die die angeblich fehlende „Integration“ am meisten beklagen, gleichzeitig alles dransetzen, Kindern mit Zuwanderungsgeschichte den Zugang zu hochwertiger Bildung zu verwehren – besonders auffällig zeigt sich dies beim Festhalten am sozial segregierenden und ungleichen gegliederten Schulsystem.

Außerdem gibt es einen weit verbreiteten Rassismus auch in der sogenannten Mitte und bei den Eliten in der Gesell-

schaft. Es waren ein Bundesbanker, PolitikerInnen und Boulevardmedien, die eine rassistische Debatte über „Integration“ ausgelöst haben, um angeblich „endlich mal auszusprechen, was alle denken.“

Worum es also eigentlich gehen müsste, wäre die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und in der Politik herzustellen. Dass es in einer Demokratie erklärungspflichtig sein sollte, warum jemand nicht das Wahlrecht besitzt, und nicht, warum er oder sie es besitzen sollte, scheint vielen Menschen nicht in den Sinn zu kommen. Das einzige Allheilmittel in der Debatte scheint hingegen der Erwerb der deutschen Sprache zu sein. Doch MigrantInnen haben immer wieder die Erfahrungen gemacht, dass sie – obwohl sie perfekt die deutsche Sprache beherrschen – weiterhin von Diskriminierungen betroffen sind. Ein inklusives Schulsystem sowie die Erleichterung der Einbürgerung und die Einführung des Wahlrechts auch ohne Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit wären hier erste Schritte hin zu einem Miteinander, das auf Respekt und eine Willkommenskultur setzt.

Auch wenn der Begriff der „Integration“ im politischen Diskurs gesetzt ist und nicht einfach durch andere Begriffe ersetzt werden kann: Für uns ist klar – wenn wir über „Integration“ reden, dann sprechen wir von Antidiskriminierung, Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe!

Worum es auch gehen müsste ist der Rassismus in der sogenannten Mitte der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Wir brauchen ein Verständnis in der Gesellschaft dafür, dass alle Menschen frei und gleichberechtigt zusammenleben können, egal welcher Religion, welchem Geschlecht und welcher Nationalität sie angehören.

Wir wollen weg von abstrakten Integrationsdebatten und hin zu der Debatte, wie wir alle in diesem Land gemeinsam die Gesellschaft emanzipatorisch, gleichberechtigt und solidarisch gestalten können! ●

## Unterzeichnet von

---

Gesine Avena, Bundessprecherin Grüne Jugend  
Natalya Bilgic, Vorsitzende des Assyrischen Jugendverbands in Mitteleuropa  
Björn Böhning (SPD), Mitglied im Parteivorstand  
Elke Breitenbach (LINKE), Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin  
Emily May Büning, Bundessprecherin Grüne Jugend  
Katja Dörner (Bündnis 90/Die Grünen), MdB  
Ario Ebrahimipour Mirzaie (Bündnis 90/Die Grünen) Sprecher der BAG Flucht und Migration  
Dr. Cornelia Ernst (LINKE), MdEP  
Ismail Ertug (SPD), MdEP  
Stefan Hartmann (LINKE), Mitglied des Parteivorstandes, Brandenburg  
Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff (LINKE), Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Berlin  
Michael Höntsch (LINKE), Niedersachsen  
Ska Keller (Bündnis 90/Die Grünen), MdEP  
Memet Kilic (Bündnis 90/Die Grünen), MdB  
Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen), MdB  
Freya-Maria Klinger (LINKE), MdL  
Dr. Heidi Knake-Werner (LINKE), Senatorin a. D., Berlin  
Daniela Kolbe (SPD), MdB  
Stefan Liebich (LINKE), MdB  
Agnieszka Malczak (Bündnis 90/Die Grünen), MdB  
Sineb EL Masrar, Herausgeberin des Frauenmagazins Gazelle  
Hilde Mattheis (SPD), MdB und Mitglied im Parteivorstand  
Anja Mayer (LINKE), Bayern  
Melanie Müller (Bündnis 90/Die Grünen) Sprecherin der BAG Nord-Süd  
Petra Pau (LINKE), MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages  
Maximilian Pichl, Grüne Jugend  
Sönke Rix (SPD), MdB  
Astrid Rothe-Beinlich (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied im Bundesvorstand  
Thilo Scholle (SPD), Mitglied im Juso-Bundesvorstand  
Katina Schubert (LINKE), Mitglied des Parteivorstandes, Sachsen  
Frank Schwabe (SPD), MdB  
Hetav Tek, Vorsitzende Komciwan e. V.  
Sascha Vogt, Juso-Bundesvorsitzender  
Juliane Witt (LINKE), Leiterin des Büros des Wirtschaftssenators Berlin  
Gerry Woop (LINKE), Mitglied des Parteivorstandes  
Serdar Yüksel (SPD), MdL

# INTEGRATIONSPOLITIK BEI DEN JUSOS

Von **Thilo Scholle**, Mitglied im Juso-Bundesvorstand

Schwerpunkt

Wovon sprechen wir eigentlich, wenn es um das Thema „Integration“ geht? Über das Zusammenleben von „denen, die zu uns gekommen sind“ und „uns“? Aber wer ist „zu uns gekommen“, und wer sind „wir“?

Die Diskussion um das Thema „Integration“ gehört aktuell zu den heikelsten politischen Debatten. Mehr als 15 Millionen Menschen in der Bundesrepublik haben einen „Migrationshintergrund“, sind also selbst im Ausland geboren oder haben nähere Verwandte, die dort geboren worden sind. In ihren Biographien, ihren Lebensstilen und Lebensträumen ist diese Gruppe genauso unterschiedlich, wie die Gruppe der Menschen, die keinen Migrationshintergrund hat. Vor diesem Hintergrund von „uns“ und „den Zugewanderten“ zu sprechen, ist abwegig! Gesellschaftliche Realität ist, dass in Deutschland Menschen mit ganz unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichem Geburtsort zusammenleben.

## Schwerpunkte des öffentlichen Diskurses

Trotzdem stellen wir fest, dass sich der Schwerpunkt der Debatte in den letzten Jahren verschoben hat. Für eine kurze Zeit sah es so aus, als könnte sich tatsächlich eine Diskussion entwickeln, die eine Perspektive für die Gestaltung der Bundesrepublik als pluraler Einwanderungsgesellschaft erarbeiten könnte. Bestandteile eines solchen Programms wie beispielsweise eine nachhaltige Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts unter anderem durch Hinnahme von Doppelstaatsangehörigkeiten oder auch Maßnahmen zum Abbau sozialer Benachteiligungen von Migrantinnen und Migranten wurden jedoch nie vollständig in die Tat umgesetzt.

Stattdessen wird der Diskurs vor allem von der Angst vor „islamistischem“ Fundamentalismus und Terrorismus, vor (Jugend-) Kriminalität und „Parallelgesellschaften“ beherrscht.

Unabhängig von der starken Fokussierung auf den Islam bleibt die Diskussion über Integration dabei im Kern eine auf den türkisch- oder arabisch-stämmigen Teil der Migrantinnen und Migranten bezogene Debatte. Vorurteile und Diffamierungen, die aktuell den Islam treffen wie beispielsweise der Vorwurf der kulturellen Rückständigkeit und der angeblichen Unvereinbarkeit mit „westlich-abendländischen Werten“ – was auch immer das sein mag – wurden früher bereits auf Türkinnen und Türken abgeladen. Inhaltlich bietet die Diskussion um eine „Integrationsfähigkeit“ des Islam daher alt bekanntes in neuem Gewand.

### **Der Begriff der „Leitkultur“**

Die Schiefelage der Diskussion wird auch am Stichwort „Leitkultur“ deutlich. Meist bleibt unklar, was der Verwender unter dem Begriff „Leitkultur“ überhaupt meint. „Die“ eine Kultur gibt es in Deutschland schließlich nicht.

Der schwerreiche Steuerhinterzieher aus dem Nobelvorort wird wohl wenige kulturelle oder sonstige Vorlieben mit dem Arbeitslosen aus einer anderen Gegend der Stadt teilen. Was hier die Leitkultur sein soll, weiß niemand. Offensichtlich ist, dass soziale Stellung die persönlichen Einstellungen und kulturellen Praktiken eines Menschen wesentlich stärker beeinflusst, als die ethnische Herkunft oder die Religionszugehörigkeit.

Hinzu kommt: Definiert man die „Leitkultur“ schlicht mit der durch das Grundgesetz beschriebene Verfassungsordnung, so wird es wirklich banal. Die fast absolute Mehrzahl der Menschen in diesem Land respektiert die Verfassung und hält sich an die allgemeinen Gesetze – unabhängig vom

ethnischen Hintergrund. Das ständige Herumreiten auf der Frage nach der Gesetzes- und Verfassungstreue von MigrantInnen wirkt hier abgrenzend und verletzend.

Zudem scheint es vielen gerade konservativen PolitikerInnen nicht in den Kopf zu gehen, dass Menschen durchaus eine, zwei, oder mehrere Identitäten zugleich haben können – sei es als Facharbeiter, Liebhaber und Fußballfan, oder als Moslem, Deutscher, Heimwerker und noch als vieles mehr. Niemand muss sich zwangsläufig entweder als „Deutscher“ oder „Türke“ fühlen. Und selbst wenn, so sagt dies noch überhaupt nichts darüber aus, welche konkreten gesellschaftlichen Einstellungen sich daraus ergeben.

### **Der Begriff „Parallelgesellschaft“**

Ähnlich fragwürdig sind auch die Diskussionen über sogenannte „Parallelgesellschaften“.

Dass in manchen Stadtteilen mehr Menschen mit Migrationshintergrund leben als in anderen, ist eine Banalität. Eine „Parallelgesellschaft“ soll dann bestehen, wenn Menschen mit einem bestimmten ethnischen Hintergrund sich nur noch in Zusammenhängen aufhalten, in denen alle anderen denselben ethnischen Hintergrund haben. Nur – auch dies ist banal – entscheidend dafür, wo jemand wohnt und mit wem jemand den Alltag verbringt ist in erster Linie, zu welcher sozialen Schicht jemand gehört. Probleme in Stadtteilen entstehen in erster Linie aus Armut und sozialer Ausgrenzung, und das betrifft die Menschen dort unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft.

Die Diskussion über „Parallelgesellschaften“ ist daher scheinheilig. Sucht man den Kern der Argumentation vieler War-

ner vor der „Parallelgesellschaft“, so reduziert sich die Argumentation oft schlicht auf die Feststellung, in einer bestimmten Gegend wohnen zu viele „Ausländer“. Dies hat aber mit soziologischen Betrachtungen und tatsächlichen Problemen nichts mehr zu tun.

Diese Scheinheiligkeit zeigt sich auch am Umgang mit dem Bau von Moscheen. Eigentlich ein Zeichen dafür, dass sich Menschen dauerhaft einrichten wollen, wird der Bau von Moscheen oft bekämpft. Auch hier geht es meist weniger um die Frage, ob Muslime in Deutschland leben. Entscheidend scheint für viele MoscheebaugegnerInnen, dass Muslime auch sichtbar ihren Glauben leben wollen, und sich nicht mehr mit Hinterhofmoscheen begnügen wollen.

Tatsächlich bestehende gesellschaftliche Interessenkonflikte und völlig unterschiedliche politische Ziele verschwimmen vor diesem Hintergrund. Auf diese Weise entsteht ein unreflektiertes „Wir“ – verbunden durch die ethnische Herkunft sowie bestimmte, angeblich „von Allen geteilte Werte“, und ein „die anderen“. Spaltungslinien zwischen Milieus und politischen Richtungen werden so verdeckt. In dieser Art des Integrationsdiskurses können dann CDU-FamilienpolitikerInnen Seite an Seite mit traditionellen FeministInnen für die Rechte „der“ muslimischen Frau streiten, ohne dass jemandem auffällt, dass die Vorstellungen dieser beiden Gruppen in Sachen Rolle der Frau mindestens so unterschiedlich sein können, wie zwischen Frauen, die sich dem muslimischen Glauben zurechnen.

## **Die Rolle der Mehrheitsgesellschaft**

Die eigentliche gesellschaftliche Herausforderung gerät durch diese Debatten voll-

ends in den Hintergrund: Die Rolle der Mehrheitsgesellschaft – also jener gesellschaftlichen Mehrheit ohne Migrationshintergrund – wird nicht in den Blick genommen.

Dabei wäre es an der Zeit, über institutionelle Diskriminierungen, beispielsweise im Aufenthaltsrecht und bei Familienzusammenführungen nachzudenken. Das deutsche Schulsystem gibt Kindern mit Migrationshintergrund weniger Chancen. Die Arbeitslosigkeit ist unter Migrantinnen und Migranten deutlich höher. Der Umgang von Behörden und Polizei mit Migranten ist oft grob und von oben herab.

Trotz der Erkenntnis, dass die Einbürgerung ein deutliches Zeichen eines Menschen dafür ist, hier in Deutschland auf Dauer seinen Lebensmittelpunkt zu sehen, bleiben die Einbürgerungsbedingungen hart.

Hinzu kommt der öffentliche, nur auf tatsächliche oder vermeintliche Defizite der Zuwanderer fokussierende Diskurs, der die Rolle der Mehrheitsgesellschaft konsequent ausblendet.

Nach wie vor wird der Themenkomplex Integration gerne zu Wahlkampfzwecken benutzt. Dabei geht es mitnichten darum, um die besten Möglichkeiten zur Herstellung von Chancengleichheit zu streiten, sondern um die schlichte Bedienung rassistischer Vorbehalte.

## **Sicherheitsbedürfnis von MigrantInnen**

Überhaupt keine Rolle spielt das Sicherheitsbedürfnis der MigrantInnen. Die Medien regierten verwundert über die heftigen Reaktionen und Spekulationen vieler türkischer Medien nach dem Hausbrand in Ludwigshafen im Februar 2008. Völlig außer acht blieb dabei, dass in Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre über 130

Menschen durch rechtsextreme Angriffe getötet wurden, unter anderem auch durch Brandanschläge auf Häuser. Die öffentliche Diskussion kreist um vermeintlich kriminelle Jugendliche mit Migrationshintergrund. Tatsächlich als Gruppe von Gewalt bedroht sind in Deutschland aber nach wie vor Menschen, die eben nicht zur gesellschaftlichen Mehrheit gehören. Dem Sicherheitsbedürfnis vieler MigrantInnen ist durch ein konsequentes auch polizeiliches Vorgehen gegen Rechtsextremisten Rechnung zu tragen.

### **Integration neu diskutieren!**

Wir wollen uns deshalb bewusst von einer Diskussion abgrenzen, die nur die Migrantinnen und Migranten als Adressaten von „Maßnahmen zur Integration“ versteht.

Für uns ist vielmehr klar: In erster Linie muss die Mehrheitsgesellschaft ihre Hausaufgaben machen. Wer von Integration sprechen will, darf von Rassismus und Diskriminierung nicht schweigen! Integration wird nur dann gelingen, wenn die gesellschaftlichen Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle Menschen in diesem Land geschaffen sind.

Dies betrifft auch die SPD selbst. Der Juso-Bundesvorstand hat bereits 1972 ein „Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter“ herausgegeben, das sich vor allem den arbeitsmarktpolitischen und sozialen Implikationen der Anwerbung von „Gastarbeitern“, aber auch Fragen der gesellschaftlichen Diskriminierung widmete. Mit Heinz Kühn stellte die SPD zudem von 1978 bis 1980 den ersten „Ausländerbeauftragten“ des Bundes, der bereits viele der heute diskutierten Fragestellungen ansprach.

In der Breite der Partei ist das Thema trotzdem bis heute kaum angekommen. Zu

oft wird das Thema zudem auch auf den höheren Ebenen ängstlich und verzagt angegangen. Vermeintlich notwendige Rücksichtnahmen auf bestimmte Wählergruppen führen dazu, dass eine klare sozialdemokratische Integrationspolitik nicht erkennbar ist.

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in politischen Führungsämtern ist nach wie vor viel zu gering, oft wird die Thematik Integrationspolitik zudem der Person im einem Vorstand zugeschoben, die selbst einen Migrationshintergrund hat – zu einem Querschnittsanliegen der Partei wird das Thema damit nicht.

Für Jusos und die SPD wird entscheidend sein, MigrantInnen nicht mit ihren vermeintlichen Defiziten als Objekte sozialdemokratischer Fürsorge, sondern als gleichberechtigte Akteure für sozialdemokratische Politik anzusprechen. Die SPD wird ihren Anspruch, linke Volkspartei zu bleiben, nur erfüllen können, wenn es gelingt, wieder breiter in der Gesellschaft – und gerade auch in den weiterhin wachsenden Milieus von Menschen mit Migrationshintergrund – verankert zu sein. ●

# WER GEHÖRT ZUM NEUEN DEUTSCHLAND?

Von Dr. Naika Foroutan, Leiterin des VW-Forschungsprojektes „Hybride Europäisch-muslimische Identitätsmodelle/ HEYMAT“ an der Humboldt-Universität zu Berlin

## Schwerpunkt

Jeder fünfte Einwohner Deutschlands, darunter jedes dritte Kind unter sechs Jahren, hat einen Migrationshintergrund. In Ballungsräumen wie Frankfurt oder Berlin trifft dies bereits auf über 60 Prozent der Kinder zu, die dieses Jahr eingeschult wurden, einen Migrationshintergrund. Wenn Pluralität für Kinder und Jugendliche zur Normalität wird,<sup>1</sup> ist es unzeitgemäß, über einen Migrantenschlüssel für Schulklassen nachzudenken – wie auch Forderungen nach einem Zuwanderungsstopp für „fremde Kulturkreise“ in Zeiten der Globalisierung anachronistisch sind. Vielmehr wäre es angebracht, in einer Zukunftsdebatte über einen veränderten Blick auf die hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund nachzudenken und zu fragen, ob es nicht an der Zeit ist, diese im Sinne einer fraglosen Zugehörigkeit<sup>2</sup> als deutsche Bürger anzusehen, gar als „Neue Deutsche“? Interessanterweise wird mit dem Gedanken der Globalisierung vorrangig die Öffnung der weltweiten Märkte verbunden. Dagegen ist noch nicht verinnerlicht, dass mit einer Entgrenzung der Märkte nicht nur Güter

freier beweglich sind, sondern auch Menschen. Transnationale Migration, im Rahmen derer Menschen in andere Länder ein- und auswandern, ist ein selbstverständliches Zeichen der globalisierten Gegenwart.<sup>3</sup>

Wo Migration auch mit Settlement verbunden wird, wandelt sich die Bevölkerungsstruktur – nicht nur demographisch und soziostrukturell, sondern auch identitär und ideell. Spätestens in der zweiten Generation der Einwanderung stellt sich ein Moment ein, in dem identitäre Verortung nicht mehr eindimensional zu einem Herkunftsland vorgenommen werden kann. Während für die meisten Migranten der ersten Generation ein Herkunftsbezug durch eine aktive Migrationserfahrung bestehen bleibt und in vielen Fällen mit einer zumindest emotionalen Rückkehroption ge-

1 Vgl. Bundesjugendkuratorium, Pluralität ist Normalität für Kinder und Jugendliche, Stellungnahme, April 2008.

2 Vgl. Kai-Uwe Hunger, Junge Migranten online: Suche nach sozialer Anerkennung und Vergewisserung von Zugehörigkeit, Wiesbaden 2009, S. 251.

3 Vgl. hierzu den Beitrag von Isabel Sievers und Hartmut M. Griesse in dieser Ausgabe.

koppelt wird, beinhaltet im Falle der Nachfolgegenerationen der Herkunftsbezug und der Gedanke der „Rückkehr“ bereits einen Moment von *invented tradition*.<sup>4</sup> Dazu kommen noch identitäre Irritationen bei jenen Einwanderern, die als Kind oder als Jugendliche nach Deutschland gekommen sind und ihre Primärsozialisation zwar in einem anderen Herkunftskontext erlebt haben, Pubertät oder Adoleszenz jedoch durch eine Lebensrealität in Deutschland bestimmt wurde. Bei einem Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund ist Migration gar keine selbsterlebte Erfahrungsgrundlage mehr. Sie bleibt jedoch als Element der biographischen Kernnarration bestehen – entweder durch die Familienlegende oder durch außerfamiliäre Zuschreibungen, bedingt durch phänotypische Merkmale wie Aussehen, Akzent, Kleidung oder Namen.

### Vom Ausländer zur Person mit Migrationshintergrund

Deutschlands „Gesicht“ wandelt sich stetig, was zu Verunsicherungen in der Bezeichnungspraxis führt. Die herkunftsdeutsche Bevölkerung weiß häufig nicht, wie sie sich selbst oder jene bezeichnen soll, die lange Jahre als „Ausländer“ oder „Fremde“ galten und nun offensichtlich zu Deutschland gehören wollen und sollen. Immer häufiger hört man zur Selbstbeschreibung ironisierend den Begriff „Bio-Deutsche“, da „autochthone Deutsche“ zu wissenschaftlich und „Deutsch-Deutsche“ zu redundant klingt. Hingegen erzeugt der Begriff „echter Deutscher“ einen zu ausgrenzenden Effekt, da er die Menschen mit Migrationshintergrund offensichtlich als „nicht echte“ Deutsche kennzeichnet. Immer mehr Menschen nehmen mittlerweile für sich in An-

spruch, deutsch zu sein, auch wenn sie „anders“ aussehen, „fremd“ klingende Namen oder eine andere Religionszugehörigkeit haben. Trotzdem gehören die Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Bewusstsein eines Großteils der Bevölkerung noch immer „nicht richtig“ dazu.

Mit dem Wort Migration ist eine Neuzuwanderung verbunden, der Migrationshintergrund markiert daher seine Träger als tendenziell „neuer“ als jene ohne und in der öffentlichen Wahrnehmung auch als tendenziell fremd, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit in dritter und vierter Generation besitzen. „Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“, sagen 53,7 Prozent der Bevölkerung laut der Studienreihe „Deutsche Zustände“ vom Bielefelder Institut für Konflikt und Gewaltforschung (IKG).<sup>5</sup> Dabei bleibt offen, wie lange dieses „Neu-Sein“ eigentlich Bestand hat und welche Effekte es für das Selbstverständnis als deutscher Staatsbürger mit sich bringt. Tatsächlich beschreibt das Wort Migrationshintergrund in seinem analytischen Kontext die Lebensrealität der Angesprochenen korrekter als nationale Kategorien wie etwa „Türke“, „Spanier“, „Chinesen“, die nur eine einseitige Herkunftsverortung vornehmen. Es ist auch exakter als das Wort „Migrant“ oder „Ausländer“, da ersteres auf jene nicht zutrifft, die nicht aktiv zugewandert sind und letzteres jene falsch bezeichnet, die eine

4 Vgl. Eric Hobsbawm/Terence Ranger, *The Invention of Tradition*, New York 1983.

5 Die neuesten Forschungsergebnisse des IKG erscheinen im Dezember 2010. Die hier genannte Frage ist nach Aussagen des IKG nicht in der Druckausgabe enthalten. Konkrete Fragen dazu können an das IKG direkt gerichtet werden: [ikg@uni-bielefeld.de](mailto:ikg@uni-bielefeld.de). Für eine weitergehende Analyse Wilhelm Heitmeyer, *Deutsche Zustände*, Folge 8, Frankfurt/M. 2010.

deutsche Staatsangehörigkeit haben.<sup>6</sup> Allerdings, so neutral der Begriff auch im Entstehungsmoment definiert wurde, verbindet sich mit ihm durch den öffentlichen Diskurs eine Bezeichnungspraxis, der eine soziale Praxis folgt, die vorwiegend Differenz-Momente hervorhebt und die in der öffentlichen Wahrnehmung vor Allem mit Defiziten und Problemen verbunden wird.

## Postmigranten

Es fehlt derzeit an einer etablierten Bezeichnung, die die nationale und kulturelle Mehrfachzugehörigkeit und -identifikation von Individuen wertneutral beschreibt. Während Mehrfachzugehörigkeit im identitären Kontext als postmoderne Normalität anerkannt wird, gilt für die nationalen, ethnischen und kulturellen Zugehörigkeiten zumindest in Deutschland noch immer das Kriterium der einseitigen Entscheidung, die mit dem Gedanken der Assimilation als Vision einer gelungenen Integration einhergeht. Versuche, Ersatzdefinitionen zu finden, hat es bereits 1994 mit dem Begriff „Andere Deutsche“ gegeben, um zu verdeutlichen dass „die Gültigkeit des Anspruchs, deutsch zu sein, sich nicht an der Erfüllung bestimmter Kriterien der Physiognomie, der Abstammung oder auch der ‚kulturellen‘ Praxis bemisst“.<sup>7</sup> Michael Wolffsohn spricht von „Paradigma-Neudeutschen“<sup>8</sup> und der Kabarettist Alparslan Marx richtete sogar eine Webseite unter dem Namen „D-Länder“ ein, um nach einem gemeinsamen Namen zu suchen.<sup>9</sup>

Die Verbundenheit mit Deutschland als Heimat findet auf mehreren Ebenen statt. Die kognitive und pragmatische Bezeichnung von Deutschland als Heimat, als „dort wo mein Haus steht und dort wo meine Familie wohnt“, kann dabei teilweise die

emotionale Bindung an einen Sehnsuchtsort in der Ferne, der ebenfalls mit Heimat assoziiert wird, nicht ersetzen. Dies liegt zum Einen an dem der Migration inhärenten Moment, der immer mit dem Verlassen eines Zuhauses oder einer Heimat einhergeht. Diese teilweise nur tradierte Vergangenheit wird im Kontext der familiären Erzählstruktur und der nicht erfahrenen Alltagsentzauberung zu einem Wunschort stilisiert, der in jedem Moment der Unzufriedenheit eine virtuelle Rückzugsoption anbietet – auch wenn diese realiter nicht gegeben ist. Zusätzlich wird von Seiten der ersten Generation der Einwanderer, der Familie oder Community teilweise Druck auf die Folgegenerationen aufgebaut, sich den ursprünglichen Herkunftsländern nicht zu entfremden.

Die zum Teil fehlende emotionale Verbundenheit mit Deutschland liegt allerdings auch an Diskriminierungserfahrungen und mangelnder Aufnahmebereitschaft und mangelnden Signalen der Zugehörigkeit von Seiten der autochthonen Gesellschaft, welche noch immer teils bewusst, teils unterbewusst das „Deutschsein“ auf phänotypische Merkmale reduziert.<sup>10</sup> Es liegt aber auch an den spezifischen Kriterien der deutschen nationalen Identität, die

---

6 Von den 15,6 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund sind mehr als die Hälfte deutsche Staatsbürger (8,3 Millionen) und bei zwei Dritteln ist die Migration aktiv erlebt.

7 Ders./Thomas Teo, *Andere Deutsche*, Berlin 1994, S. 10.

8 So seine Bezeichnung für Professor Bassam Tibi, der in Syrien geboren, jedoch seit Jahrzehnten deutscher Staatsbürger ist, zit. nach: Karl Friedrich Ulrichs, *Islam-Wissenschaftler Bassam Tibi verlässt Uni*, in: *Göttinger Tageblatt* vom 29.10.2009. *Wissenschaftler-Bassam-Tibi-verlaesst-Uni*.

9 Vgl. [www.d-laender.de/](http://www.d-laender.de/) (20.10.2010).

10 Vgl. Iman Attia, *Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes*, Bielefeld 2009.

es auch Herkunftsdeutschen nicht leicht macht, affirmativ die Nationalitätszugehörigkeit zu artikulieren. Eine Zugehörigkeit zu Deutschland wird als etwas suggeriert, das sich die „Migranten“ erst erarbeiten müssen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass trotz erheblicher Fortschritte in der strukturellen Integration eine kulturelle Integration über den Verfassungspatriotismus hinaus erwartet wird, die an diffuse Anpassungen an eine nicht definierbare deutsche Leitkultur gekoppelt wird.

Gerade für jenes Drittel der Postmigranten, die vom Mikrozensus als „Menschen ohne eigene Migrationserfahrung“ erfasst werden, ist Integration ohnehin kein Diskussionskriterium ihrer Selbstbeschreibung mehr. Migrationshintergrund und Mehrsprachigkeit werden vor allem als Bereicherung für sich selbst und für die Gesellschaft wahrgenommen. Für diese Postmigranten sind Deutsch- oder Integrationskurse etwas, das bestenfalls noch ihre Eltern betreffen könnte, eher ihre Großeltern und eben neu Zugewanderte. Bei ihnen ist stattdessen verstärkt ein mehrkulturelles Selbstbewusstsein zu beobachten, ohne ihre „Wurzeln“ vergessen zu wollen, samt einer für sich selbst angenommenen postintegrativen Perspektive: Sie sind längst in dieser Gesellschaft angekommen, zumindest aus ihrer Sicht und aus der Sicht jenes Teils der Bevölkerung, der in Deutschland ein plurales, heterogenes und postmodernes Land sieht.

## **Zugehörigkeit, Angehörigkeit und Authentizität**

Die Zugehörigkeit zu Deutschland definiert sich jedoch nicht nur über die eigene Fähigkeit zur Identifikation mit dem Mehrheitskollektiv, sondern auch über den Grad

und die Häufigkeit der Anerkennung durch eben jenes. Erst diese erlaubt eine Identifikation im Sinne der Angehörigkeit. Und erst der Dreiklang von Anerkennung, fragloser Zugehörigkeit und Angehörigkeit lässt einen glaubwürdigen, authentischen Moment von „Deutschsein“ entstehen.<sup>11</sup>

Dabei stellen gerade in Einwanderungsgesellschaften statische Ansichten auf identitäre Kernnarrationen wie Kultur oder Nation Exklusionsmechanismen her, deren Überwindung für die soziale Kohäsion solcher Patchwork-Gesellschaften notwendig ist. Gerade im Falle Deutschland stellen sich hierbei multiple Überwindungshürden auf. Während die deutsche Identität als etwas Exklusives angeboten wird, dessen Erlangung mit Hürden wie Sprachkompetenz, Landeskunde und Absage an ehemalige Herkunftsländer verbunden wird, ist nach Erlangung dieses „Ritterschlags“ weder die Anerkennung durch die autochthone Gesellschaft, noch eine authentische Verbundenheit mit dieser nationalen Identität gewährleistet. Dies ist auch eine Erklärung dafür, warum viele der Menschen mit Migrationshintergrund bei der Frage nach ihrer Zugehörigkeit problemlos die Stadt nennen, aus der sie kommen. Ihre Selbstbezeichnung als Berliner, Hamburger oder Schwabe sehen sie als faktisch und authentisch an, während sie die Selbstbezeichnung als „Deutsche“ eher als Konstruktion oder künstlich empfinden, da sie diese immer erklären müssen.

Die Selbstbezeichnung muss mit der Fremdzuschreibung korrespondieren, sonst entstehen Unschlüssigkeiten in der personalen Identität. Wenn eine Person, die phä-

---

<sup>11</sup> Vgl. Heiner Keupp, *Identitätskonstruktionen: Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*, Reinbek 2008.

notypisch als asiatisch, arabisch oder afrikanisch markiert wird, in ihrer eigenen Wahrnehmung deutsch ist, gelingt ihr die Selbstbezeichnung als „Deutsche“ gegenüber der Mehrheitsgesellschaft immer nur mit einer anhängenden Erklärung: „Ich bin deutsch, aber mein Großvater kam aus Marokko.“ Es ist die fraglose Zugehörigkeit und somit die Authentizität – im Sinne von Echtheit und Glaubwürdigkeit, die jenem Teil der Menschen mit Migrationshintergrund verwehrt wird, die durch äußere Zuschreibung zunächst als nicht-deutsch gesehen werden – was immer „Deutschsein“ heutzutage auch sein mag – und die zu unterschiedlichen Reaktionsmechanismen bei diesen Menschen führt, die von Rückzug und Apathie über Wut und Aggression bis hin zu Trotz und selbstbewusster Einforderung von Teilhabe reichen.

Zumindest das Bezeichnungsdilemma könnte in Anlehnung an die im angloamerikanischen Raum etablierte Bezeichnungspraxis der *hyphenated identities*<sup>12</sup> (Bindestrich-Identitäten) aufgefangen werden, indem durch eine affirmative Nennung der multiple Herkunftskontext benannt wird: Diese können auch als Bindungs-Identitäten bezeichnet werden, da sie eine wie auch immer geartete emotionale oder staatsbürgerliche Bindung an bestimmte Herkunftskontexte signalisieren. Bindungs-Identitäten von Deutsch-Türken, oder Türkei-Deutschen, Deutsch-Russen oder Russland-Deutschen, würden den Deutsch-Deutschen die Möglichkeit geben, Unsicherheiten in der Nennung zu umgehen, aber auch dem Nenner den deskriptiven Zugang zu seinen multiplen Erfahrungskontexten in der Selbstbezeichnung erleichtern und die ste-

te Erklärung ersparen. Dabei kann die Positionierung der Herkunftsländer verdeutlichen, welcher Zustand der Herkunftsbezogenheit vorliegt. Da die Wortbildungsregeln der deutschen Sprache besagen, dass bei Zusammensetzungen von Wörtern das am Ende stehende Wort die wesentliche Bedeutung trägt, würde die Bezeichnung Türkei-Deutsche eine Person beschreiben, die sich als deutsch sieht und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, aber gleichzeitig einen türkischen Migrationshintergrund hat. Umgekehrt würde der Begriff Deutsch-Türke signalisieren, dass die Person sich als türkisch, aber in Deutschland lebend bezeichnet. Das Gleiche würde dann auf den Begriff Russland-Deutscher oder Deutsch-Russe zutreffen. Schwieriger wird es bei nicht erprobten Bindestrich-Identitäten: Während die Bezeichnung Deutsch-Iranerin noch recht flüssig klingt, hört sich Iran-Deutsche etwas holprig an, desgleichen gilt für Deutsch-Spanier und Spanien-Deutscher.

In Zeiten sich ständig bereichernder Wortschätze darf man die Fähigkeit der Etablierung von Bezeichnungen nicht unterschätzen. Auch das Wort Migrationshintergrund war vor fünf Jahren noch neu, obwohl es wesentlich sperriger als Türkei-Deutscher oder Libanon-Deutsche klingt. Hier liegt es auch an Signalen aus der autochthonen Gesellschaft, die Öffnung der Begrifflichkeit für ein „Deutschsein“ zu ermöglichen, dass multiple Zuschreibungsmomente normalisiert. Vor allem muss der Moment der Bindung zur (neuen) Heimat erleichtert und beidseitig internalisiert werden – er muss irgendwann authentisch werden können. Es ist an der Zeit, eine Bezeichnungspraxis zu etablieren, welche die hybride Alltagsrealität nicht nur von Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch eines immer größer werdenden Teils

---

12 Vgl. Michael Walzer, *Über Toleranz: Über die Zivilisierung der Differenz*, Hamburg 1998, S. 131 ff.

der globalisierten deutsch-deutschen Bevölkerung erfasst.

## Wer sind die Neuen Deutschen?

Die Bezeichnung „Neue Deutsche“ könnte in diesem Kontext zunächst einmal als Beschreibungsangebot dienen für jene Menschen, die über eine deutsche Staatsbürgerschaft und einen Migrationshintergrund verfügen.<sup>13</sup> So liest man immer wieder in Interviews mit postmigrantischen Künstlern diese lapidar formulierte Selbstbeschreibung: „Wir sind nicht mehr die Türken, die Araber, die Afrikaner, die unsere Eltern vielleicht waren. Wir sind die neuen Deutschen“<sup>14</sup>. Songs von postmigrantischen deutschen Rappern und die in diesen teils problematisch verarbeiteten Fragen zur Integration, Anerkennung und Zugehörigkeit verweisen auf die Dilemmata. Sie zeigen aber auch die Ressourcen der mehrkulturell orientierten Jugendlichen und ihr innovatives Potenzial für die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft.<sup>15</sup> Sie heben damit das emanzipatorische Moment der hybriden Lebensführung einer Generation hervor, die mit ihren eigenen Selbstentwürfen der Gesellschaft längst vorlebt, was die Öffentlichkeit noch diskutiert. Aber auch für den Fußball scheint die Bezeichnung „Neue Deutsche“ zu greifen. Ebenso ist er bereits Inhalt einiger Blogs.<sup>16</sup>

Das zentrale Dilemma des Begriffes ist jedoch, dass er, wenn er nur für Menschen mit Migrationshintergrund etabliert oder mit Zuwanderung assoziiert wird, selbst wiederum eine Differenzmarkierung vornimmt, weil er die diskursive Trennungslinie zwischen multiethnischen und monoethnischen Bürgern Deutschlands reproduziert. Weiterhin macht er einen Unterschied zwischen jenen Einwohnern mit Migrati-

onshintergrund, die einen deutschen Pass haben und jenen, die die deutsche Staatsbürgerschaft nicht besitzen.

Unvermeidlich ist bei der Nennung des Begriffes „Neue Deutsche“ auch die Frage danach, wer wohl die „alten“ Deutschen sind? In Anlehnung an die Untersuchungen des IKG könnte hier der Begriff der „alteingesessenen Deutschen“, die für sich Etabliertenvorrechte reklamieren, aufgegriffen werden: „Etabliertenvorrechte umfassen die von Alteingesessenen gleich welcher Herkunft beanspruchten Vorrangstellungen, die gleiche Rechte vorenthalten und somit die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzen.“<sup>17</sup>.

Trotzdem erscheint die Trennung in „neue“ versus „alte“ Deutsche entlang ethnischer oder kultureller Markierungen oder dem Kriterium der Zuwanderung kulturalisierend.

Man könnte die ethnische Differenzmarkierung des Begriffes entschärfen, indem man die Bezeichnung „Neue Deutsche“ für

---

13 Vgl. Tanja Wunderlich, Die neuen Deutschen – Subjektive Dimensionen des Einbürgerungsprozesses, Stuttgart 2005.

14 Der Rapper Harris in: <http://www.stern.de/kultur/musik/deutschland-vs-tuerkei-integration-ist-rund-und-hat-einen-beat-1611942.html>.

15 Die Rapper Kaveh/Maddog/Gigoflow problematisieren in ihrem Song „Sarrazynismus“ kritisch-emanzipatorisch die „Sarrazin-Debatte-2010“. Harris kritisiert dagegen scharf diejenigen, die sich seiner Meinung nach verweigern. Fler und Bushido erarbeiten mit dem Titel „Das alles ist Deutschland“ einen inklusiven Entwurf nationaler Identität, ebenso wie Sammy de Luxe mit „Dis wo ich herkomm“ oder Blumio mit „Hey Mr. Nazi“.

16 <http://dieneuendeutschen.wordpress.com/>

17 [www.uni-bielefeld.de/ikg/gmf/einstellungen.html](http://www.uni-bielefeld.de/ikg/gmf/einstellungen.html)  
Diese Bezeichnung trifft auf ca. 53 % der „alten Deutschen“ zumindest hinsichtlich der Einstellung zu, dass bei der Verteilung von Gütern – finanzieller und ideeller Natur – den Neuhinzugezogenen weniger zustünde, als jenen, die schon länger hier sind.

jene Generation heranzieht, die vorrangig nach dem Mauerfall im wiedervereinten Deutschland sozialisiert wurde. Die neuen Deutschen wären demnach eine neue Generation von Deutschen.<sup>18</sup> Dann jedoch würde eine Grenzmarkierung zwischen jung und alt gesetzt, was wiederum eine Verkürzung wäre.

Denkbar wäre es daher, die „Neuen Deutschen“ einer Ideenwelt zuzuordnen – einer Betrachtungsweise, die mit einem neuen Blickwinkel einhergeht: Deutschland als Einwanderungsland, global player, politisch normativer Friedensakteur. Das postmoderne Deutschland als plurales, multiethnisches, vielfältiges Bürgerland. In diesem Sinne wären die „Neuen Deutschen“ die Bürger eines hybriden, neuen Deutschland, das es in seiner heterogenen Komposition schon längst gibt. Die Trennlinie würde demnach entlang einer Haltung und Einstellung verlaufen. Hier wäre der Begriff in einer gesellschaftspolitischen Arena eingebettet und könne als ein postmodernes Konstrukt verstanden werden, um Identitätsbildungsprozesse als prinzipielle Inklusionsprozesse zu verstehen. Er könnte verdeutlichen, dass die ehemals ethno-kulturellen Zuschreibungskriterien für „deutsch“ nicht die reale Bevölkerungsstruktur und Zusammensetzung des Landes widerspiegeln, sondern auf essentialisierenden Konstruktionen von Kultur, Nation und Ethnie beruhen.

---

18 Vgl. Smolczyk, Alexander: Moral: Die neuen Deutschen. Spiegel online vom 23.8.2010, online: [www.spiegel.de/spiegel/a-713293.html](http://www.spiegel.de/spiegel/a-713293.html) (20.10.2010).

19 Ironisch, aber treffend: Martenstein, Harald: Länder verändern sich. In: Tagesspiegel vom 17.10.2010. <http://www.tagesspiegel.de/meinung/laender-veraendern-sich/1959378.html>

20 Franz Wigard, Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, Frankfurt/.M 1848/1849, S. 737.

Damit wären noch immer nicht die strukturellen Probleme eines postmodernen Einwanderungslandes gelöst. Es wird weiterhin Bildungsproblematik, Sozialtransfers und Kriminalität in Deutschland geben. Nur, wenn die Zugehörigkeit nicht mehr in Frage steht, dann können diese Probleme in Abhängigkeit von Sozialstrukturen diskutiert werden und nicht in Verbindung mit der ethnischen oder kulturalisierenden Frage nach deutsch oder nicht-deutsch? „Wenn jemand ‚dazugehört‘, kann dieser Jemand übrigens durchaus Probleme bereiten. Auch die Insassen der Strafanstalten, jedweder Konfession, gehören zu Deutschland, die Junkies gehören zu Deutschland, die Bettler, die Buddhisten, die Millionäre und die Stripperinnen. Angela Merkel ist auch die Kanzlerin der Alkoholiker, der Exhibitionisten und der Bettläger, oder wollen wir die alle ausbürgern? Will allen Ernstes irgendwer Leute mit deutschem Pass zu Deutschen zweiter Klasse erklären nur weil sie die falsche Religion haben?“<sup>19</sup>

Die Idee, Deutschland neu zu denken, ist weder häretisch, noch führt sie dazu, dass das Land sich abschafft. Vielmehr reiht sich dieser Gedanke in vielfältige Visionen ein, die mit der Idee Deutschlands einhergehen: Deutschland war im kühnsten Moment seiner Entstehung eine politische Vision, eine politisch weltoffene Idee, die nicht an ethnische Herkunft und Exklusivität gebunden war. In der Grundrechte-Charta der Frankfurter Paulskirche hieß es: „Jeder ist ein Deutscher, der auf dem deutschen Gebiet wohnt (...) die Nationalität ist nicht mehr bestimmt durch die Abstammung und die Sprache, sondern ganz einfach bestimmt durch den politischen Organismus, durch den Staat. das Wort ‚Deutschland‘ wird fortan ein politischer Begriff.“<sup>20</sup>

Die nationale Identität basierte nicht auf ethnische oder kulturelle Merkmale. Wie in Preußen galt ein territorialer Bezugsrahmen: Die legitimen Einwohner Preußens waren deutsch-, polnisch-, litauisch-, sorbisch- oder französischsprachig. Es gab weder eine ethnische Konstruktion von Zugehörigkeit noch eine sprachliche Einheit, obwohl August Wilhelm von Schlegel und Johann Gottlieb Fichte zuvor den Versuch unternommen hatten, die Sprache als Kategorie natürlicher geistiger Vergemeinschaftung zu etablieren.<sup>21</sup> Auch Johann Gottfried Herder sah in der gemeinsamen Sprache die Möglichkeit, eine Gemeinschaft zu konstituieren, die der deutschen Nation eine Existenz jenseits der Schaffung eines staatlichen Rahmens ermöglichen sollte. Die deutsche Gemeinschaftsbildung sollte über eine gemeinsame Kultur erfolgen. Dieser Gedanke war zwar kulturell exklusiv, erlaubte aber eine über die Staatsgrenze hinausgehende identitäre Verbundenheit mit späteren deutschsprachigen Nationen. Dennoch: Die Suche nach dem, was letztlich das Deutsche definierte, kulminierte in rassistischen und genetischen Definitionen und erschwerte somit den Zugang zu dieser Frage nachhaltig.

Die nicht zu greifende „deutsche Leitkultur“ wird in Zeiten der gesellschaftlichen Verunsicherung durch Finanzkrise, Arbeitsplatzverlust und demographischen Wandel immer häufiger als etwas herbeigesehnt, das wenigstens eine identitären Konstante darstellen könnte – Werte der Vergangenheit als letzte „stabile“ Ressource. Leider lässt sie sich in ihrer „fundamentalen Luftigkeit“ nur greifen anhand der Markierung jener, die scheinbar nicht dazugehören. Nach dem Motto: Wenn heutzutage schon Homo-Ehe, Patchwork-Familien, und Alleinerziehende Mütter in die deutsche Leitkultur

integriert werden müssen, dann reicht das schon alle Mal – dann bitte nicht noch den Islam... .

## Neues Deutschland

Der längst eingetretene identitäre Wandel ist eine alltägliche Banalität, in Zahlen messbar und für die Zukunft prognostizierbar. Auch wenn sich im Moment ein Großteil der Deutschen die Zeit vor dem Anwerbeabkommen mit der Türkei im Jahr 1961 herbeisehnt, so wird das nicht passieren. Abgesehen davon, dass für den anderen Großteil diese Zeit nicht das „goldene Zeitalter“ (Thilo Sarrazin) darstellt, sondern ein vermiefertes, biederes, geschlossenes, schlechtgelauntes und getrenntes Deutschland. Im heutigen Deutschland umarmen sich sogar die Männer zur Begrüßung, während sie ihren eigenen Vätern immer noch nur steif die Hand reichen, man sitzt abends draußen auf der Straße, trinkt und ist laut – gerne auch bis in den November hinein. Die herkunftsdeutschen Kinder heißen nicht nur Sophie, Karl und Heinrich, sondern auch Mandy, Kevin, Ramona und Guido, ab und zu auch Leila, Tarek oder Minou.<sup>22</sup>

Dennoch richtet sich das Orientierungswissen in einigen Teilen der Gesellschaft weniger an dieser Realität als an einer homogenen Fiktionalität aus, die weder das gegenwärtige noch das vergangene Deutschland widerspiegelt, welches immer heterogen war – abgesehen von einer kurzen Periode homogener Struktur, die für die Kernverfasstheit des politischen Dis-

---

21 Vgl. Stefan Reiss, Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ oder „Vom Ich zum Wir“, Berlin 2006, S. 124.

22 Vgl. Axel Hacke/Giovanni di Lorenzo, Wofür steht Du? Was in unserem Leben wichtig ist, Köln 2001.

kurses maßgebliche Relevanz zu haben scheint. Deutschlands Sehnsucht nach Homogenität muss dabei aus seiner Eigenart als postfaschistischer Gesellschaft heraus verstanden werden: „Wir sind aufgewachsen in einer Bundesrepublik, die so rein deutsch war wie noch nie irgendein Deutschland in der deutschen Geschichte. (...) Dieses Erbe der Nazis hielten wir für normal. Halten viele von uns noch immer für normal. Es war aber nichts anderes als das Resultat einer gewalttätigen ethnischen Säuberung. (...)“<sup>23</sup> Das Verhältnis der autochthonen Deutschen zu ihrer Nationalität rührt nicht nur aus dieser traumatischen Vergangenheit – es rührt zum Teil auch aus der Fremdzuschreibung, die Deutschland in Folge dessen seit Jahrzehnten entgegenschwappt: Deutschland galt als effektiv, aggressiv, kognitiv. Deutschsein war uncool.

Obwohl Deutschland in seiner Politik in den letzten Jahrzehnten, im Kontext europäischer Vergleichs-Nationen wie Frankreich, Holland, Polen oder Belgien weniger populistisch, im Vergleich zu England oder Italien friedensbewegter, im Vergleich zu allen genannten ökologischer und selbstkritischer war, schaffte es den Imagewechsel vor allem durch das weltweit ausstrahlende Bild des vielfältigen, unkonventionellen Berlins und durch die beiden Weltmeisterschaften 2006 und 2010. Es wurde als weltoffener wahrgenommen, als „lebenswerter und liebenswerter“, wie es Bundespräsident Wulff in seiner Antrittsrede am 3. Oktober 2010 formulierte. Auch Menschen wie Mesut Özil, Philipp Rösler oder Sibel Kekilli verkörpern nun das neue Gesicht Deutschlands. Umso verwunderlicher ist die Ablehnung, mit der ein Teil der Republik auf das neue Bild Deutschlands reagiert, als ob man sich von dem Bild des ugly old German nicht trennen mag.

Seitdem die Gehässigkeit der „Sarrazin-Debatten“ offensichtliche Exklusionsmechanismen zu Tage förderte, die bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein vertreten werden, sind auch überraschend klare Selbstverteidigungsreaktionen bei Menschen mit Migrationshintergrund zu beobachten. Aus den multiplen Wir-Identitäten, welche die Zugehörigkeitskontexte dieser Menschen mitbestimmen, artikuliert sich immer häufiger der Gedanke einer neuen deutschen Identität in-between. Offen wird eine Stimmung verhandelt, in der trotzig ein „Wir gehören dazu“ und „Das ist auch unser Land“ artikuliert wird. Als hätte ein Moment der Angst um den Verlust der Heimat das Bewusstsein geschaffen, dass man ein post-modernes Bekenntnis zu dieser neuen deutschen Identität artikulieren möchte. In dieses Bekenntnis reihen sich auch jene Herkunfts-Deutschen ein, für die die Debatte die Frage aufwirft, mit wem man sich selbst in seinem Land eher assoziiert und mit wem man eine vergleichbare Ideenwelt oder aber eine Vorstellung von Zukunft teilt. Eine parodierende Variante dessen lautete in den 1980er Jahren: „Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht allein.“ Geändert hat sich seitdem, dass diese „Ausländer“ zu einem wesentlichen Bestandteil Deutschlands geworden sind. Dabei bedeutet die Idee, sich Deutschland ohne Multikulturalität nicht mehr vorstellen zu wollen keineswegs, dass man religiösem Extremismus nicht aktiv entgegengeträte – nein: man tritt ihm nur gemeinsam entgegen – genauso wie dem Rechtspopulismus.

---

23 Arno Widmann in: Frankfurter Rundschau (FR) 5.2.2010.

Deutschland ist nach der Sarrazin-Debatte ein gespaltenes Land. Aber die Trennlinie verläuft nur oberflächlich zwischen „den Muslimen und dem Rest“, und nur temporär zwischen den Menschen mit Migrationshintergrund und jenen ohne. Die Trennlinie verläuft zwischen den „alten“ und den „Neuen“ Deutschen und ihrer jeweiligen Vision von der Zukunft ihres Landes. Es sind zwei unterschiedliche Vorstellungen von Deutschland, die hier aufeinanderprallen. Das neue Deutschland wird sich in der Zukunft nicht mehr an Herkunft, Genetik und Abstammungsstrukturen definieren können – dies erlaubt schon der demographische Wandel nicht mehr. Es wird sich trotzdem nicht abschaffen – es wird nur ethnisch und kulturell vielfältiger sein. Und Deutschsein gilt dann als Chiffre für die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Land. ●

Der Artikel wurde „Aus Politik und Zeitgeschichte“, Heft 46-47/2010 entnommen

# DIE NEUE KULTURELLE AVANTGARDE

Von Eren Güvercin, freier Journalist

Schwerpunkt

Auch wenn in der Öffentlichkeit lange Zeit die Migranten nur als Gastarbeiter angesehen wurden, gibt es bereits seit drei Generationen Kulturschaffende unter den „Gastarbeitern“. Lange wurden diese aber lediglich als Nischenphänomen betrachtet und etwa als „Gastarbeiterliteratur“ kategorisiert. Anfangs wurde auch der Star-Regisseur Fatih Akin, der in seinen ersten Filmen verschiedene Fragen der Einwanderer in Deutschland thematisierte, als Meister des Migranten- und Nischenkinos bezeichnet. Spätestens aber mit seinem großen Erfolg „Gegen die Wand“ emanzipierte sich Fatih Akin vom Gastarbeiterstatus der Elterngeneration. Mit diesem Film stieg er auch endgültig zur Riege der großen deutschen Regisseure auf. Der Literaturwissenschaftler Georg Jansen schreibt, dass Fatih Akins neuere Filme keine Filme mehr über Minderheiten seien, bei denen letztlich alles auf die Entscheidung zwischen Bleiben oder Zurückgehen hinauslaufe, sondern es seien vielmehr Porträts der deutschen Großstädte im 21. Jahrhundert. „Das Außenseitertum, die aus dem Ausland kommende Randgesellschaft, ist

längst in den Zentren der Städte angekommen und damit auch im Zentrum der Kultur eines Landes, das wie kaum ein anderes in Europa schon allein wegen seiner zentralen Geographie auf multikulti angelegt ist. Dem Ausland dieses kulturell wandelfähige Deutschland zu zeigen, darin liegt eines der Verdienste Akins um den deutschen Film“, betont Jansen.

## „Bürgerschreck der deutschen Literaturszene“

Auch dem deutschen Schriftsteller Feridun Zaimoglu wurde in seiner Anfangszeit vom Feuilleton eine literarische Relevanz abgesprochen.

Mit „Kanak Sprak“ schuf Zaimoglu eine einzigartige migrantische Kunstsprache – das brachte ihm Zuschreibungen wie der „Malcolm X der Türken“ ein. Über die Wut auf die eigene elende Situation kam Zaimoglu zum Schreiben. In „Kanak Sprak – 24 Misstöne vom Rande der Gesellschaft“ verarbeitete er die Wutmonologe von Freunden in eine kämpferisch-spielerische Kunstsprache. „Kanak Sprak“ von 1995 ist bis heute prägend geblieben und Zaimoglus wohl bekanntestes Werk. Feridun Zaimo-

glu, der sich als „educated Kanakster“ bezeichnete, verlieh damit den Kindern von türkischen „Gastarbeitern“ eine Stimme. Doch das Feuilleton stellte Zaimoglu als einen Satiriker, Soziologen oder gar als Sozialarbeiter dar, als „Bürgerschreck der deutschen Literaturszene“. Es kursierten Zuschreibungen wie „der Malcolm X der Türken“ oder „der Rudi Dutschke der Deutschländer“. Die Lesungen von Kanak Sprak waren regelrechte Underground-Revoluten. Sie fanden nicht in Literaturhäusern statt, sondern an Orten wie Jugendhäusern, Schulen und Universitäten.

„Meine Heldinnen und Helden sind Nicht-Bürgerliche. Das kommt daher, dass ich das Spannende, das Gärende, das wild Wachsende eben nicht im deutschen Bürgertum, bei den Bürgerlichen sehe“, sagt Zaimoglu rückblickend über diese Zeit. Für ihn habe der diskrete, dekadente Charme der Bourgeoisie keine Bedeutung, und daran habe sich auch heute nichts geändert.

Mit der bewegenden Familiensaga „Leyla“ sprengte Zaimoglu die ihm zugeschriebene Außenseiterrolle des „Milieu-Literaten“. Zaimoglu ließ sich davon nicht beeindrucken, dass ihm die Feuilletons anfangs eine gewisse literarische Relevanz absprachen. Er entwickelte sich zum Sprachrohr eines Idioms, das man so in der deutschen Literatur noch nicht gekannt hatte. Für seinen Lektor Olaf Petersenn zeichnet sich Zaimoglus Werk durch „einen unmittelbaren Gegenwartsbezug“ aus, nah an der gesprochenen Sprache, mit viel Witz und Ironie, offen für alle Formen von Eindrücken.

Mit seinem Erfolgsroman „Leyla“ (2006) schließlich sorgte er für große Überraschung, weil man einen ganz anderen Zaimoglu erlebte. Spätestens jetzt kam das Feuilleton nicht darum herum, die ihm zugesprochene Außenseiterrolle als „Milieu-

Literat“ aufzugeben. Auch bei den Lesungen zu „Leyla“ waren die Säle bis auf den letzten Platz gefüllt.

Die ihm oft zugewiesene Rolle als Vorbild für junge Menschen mit Migrationshintergrund lehnt der Schreiber Zaimoglu trotz seines schriftstellerischen Erfolges ab. „Wenn man von Erfolg und Ankunft im Zusammenhang mit mir spricht, dann darf man die Verzweiflung und Erfolglosigkeit meiner Jahre, bevor das mit den Büchern anfang, natürlich nicht verschweigen. Ich bin ein doppelter Studienabbrecher, ich habe keine Ausbildung, und ich bin ganz sicher kein glänzendes Vorbild für andere Menschen. Ich bin eher ein Paradebeispiel dafür, wie alles misslingen kann, dass man eben nicht Menschen mit technischen Begriffen beikommen kann. Das Wort „Integration“ stammt aus dem Technokraten-Jargon, und ich kann damit herzlich wenig anfangen. Wofür ich stattdessen eintrete ist, dass man bitte schön nicht zu feige sein soll, um von Deutschland als seiner Heimat zu sprechen.“

## „Postmigrantisches Theater“

Neben seinen Romanen schreibt Feridun Zaimoglu auch Theaterstücke. Mit seinem Stück Schwarze Jungfrauen etwa schockte er das Theaterpublikum. Das Theaterstück handelt von fünf muslimischen jungen Frauen. Diese jungen Frauen sind keine „Jasager“, keine Ängstlichen, keine Ungebildeten, keine Gutmensch-Frauen. Sie sind zornige, starke, coole, witzige und mutige Musliminnen, die das Wort ergreifen, ohne Punkt und Komma im Angesicht des Publikums ihre persönlichen Geschichten oder Meinungen vortragen. Manchmal ist es vulgär, manchmal radikal kompromisslos.

Die Regie zu diesem Stück führte Neco Celik vom Ballhaus in Berlin-Kreuzberg.

Damit erfüllte sich ein Traum für ihn: „Ein Theaterstück zu inszenieren war für mich schon immer ein geheimer Wunsch gewesen. Als man mir Feriduns Stück „Schwarze Jungfrauen“ angeboten hat, habe ich sofort „ja“ gesagt.“ Mittlerweile hat Neco Çelik im Ballhaus Naunynstraße schon bei einigen Theaterstücken Regie geführt. Künstlerische Leiterin des Ballhauses ist Shermin Langhoff. Im November 2008 wurde das Ballhaus mit dem Theaterfestival Dogland wiedereöffnet. Initiator und Träger des neuen Konzepts an der kommunalen Spielstätte ist der Verein „kultur-SPRÜNGE“, ein Netzwerk von Kulturschaffenden der zweiten und dritten Migranten- generation, das Langhoff 2003 initiierte und zu dessen Unterstützern und Protagonisten Fatih Akin, Neco Çelik, Feridun Zaimolu, die Schauspielerinnen Idil Üner, der Rapper Ceza und viele andere Kulturschaffende gehören. „Diese Spielstätte ist aus der Feststellung entstanden, dass es hier ein kulturelles Kapital gibt, das überhaupt nicht gefördert wird“, betont Langhoff. „Mein Anspruch ist es, vor allem migrantischen Künstlern aus der zweiten und dritten Generation ein Forum zu geben, um neue Geschichten aus neuen Perspektiven zu erzählen.“

Durch junge Talente wie dem Regisseur Neco Çelik oder dem Schauspieler Erhan Emre hat das Ballhaus Möglichkeiten, die sich andere Theater erst mühsam aufbauen müssen: Durch Çeliks Tätigkeit in der Jugendeinrichtung Naunyn Ritze (direkt gegenüber des Ballhauses) eröffnen sich etwa Möglichkeiten für Projekte zur kulturellen Bildung der Jugendlichen in Kreuzberg. Aber die kulturelle Bildung ist nur ein Teil der Arbeit: „Wir wollen zwar soziale Fragestellungen einbeziehen, aber über die soziokulturellen Momente des klassischen Migrationstheaters hinausge-

hen und neue Wege einschlagen“, erklärt Langhoff. Sie bezeichnet das Ballhaus als „postmigrantisch“. Postmigrantisch umfasst dabei vor allem die Geschichten und Perspektiven derer, die selbst nicht mehr migriert seien, den Migrationshintergrund aber als Wissen mitbringen. „Man bewegt sich mit diesen Selbst- und Fremdzuschreibungen natürlich immer auf einer Grenzlinie. Aber wir brauchen diese Titelagen – auch um zu provozieren und damit wir uns gemeinsam weiterentwickeln können. Denn als ‚junge Deutsche‘ werden wir einfach nicht gesehen. Ich glaube, dass jede gebrochene Biografie, sei es durch Migration oder andere Umstände, ein gewisses Potenzial birgt.“

Anfangs als Nischenphänomen in der Kulturlandschaft Deutschlands abgestempelt, ist daraus eine neue kulturelle Avantgarde entstanden. Trotzdem fällt es der Öffentlichkeit immer noch schwer, die richtigen Begrifflichkeiten dafür zu finden. Die versuchten Typologisierungen spielen immer noch mit Begriffen wie „Migrationsliteratur“, „Migrantisches Theater“ oder „Literatur der Fremde“, aber der Begriff deutsch fehlt leider oft. Die deutsche Gesellschaft scheint immer noch nicht in der Lage zu sein, diese Altlasten der Begriffsgeschichte hinter sich zu lassen. ●

# WAS IST EIGENTLICH RASSISMUS?

Von **Karima Benbrahim**, Referentin bei IDA e. V.

## Schwerpunkt

Die aktuelle Integrationsdebatte zeigt, dass sich die Mehrheitsgesellschaft nicht genügend über Rassismus und seine gegenwärtigen Phänomene auseinandersetzt. Rassismus ist ein gesellschaftliches Phänomen, welches Menschen sowohl strukturell als auch individuell ausgrenzt aufgrund von fiktiven oder tatsächlichen Unterschieden. Rassismus hat viele nebeneinander existierende Formen, die sich gegenseitig bedingen und verändern.

Die moderne Form des natio-ethno-kulturellen Rassismus nach Paul Mecheril lässt sich besonders in den bundesweiten Debatten um „die Ausländer“, „die Muslime“ oder „den Islam“ gut verdeutlichen. Hier wird nicht mehr mit „rassischer Reinheit“ argumentiert, sondern vielmehr geht es um die Bewahrung der eigenen Kultur und damit der eigenen „kulturellen Identität“. (Paul Mecheril: Rassismus bildet, S. 15)

„Wenn dieses Klassifikationssystem dazu dient, soziale, politische und ökonomische Praxen zu begründen, die bestimmte Gruppen vom Zugang zu materiellen oder symbolischen Ressourcen ausschließen, dann handelt es sich um rassistische Praxen.“ (Stuart Hall: Rassismus als ideologischer Diskurs)

Stuart Hall definiert Rassismus als „Rassismus ohne Rassen“, der Identitäten konstruiert und die Mehrheit damit absichert. Es werden „Andere“ produziert und als Gruppe untergeordnet. Somit liegt Rassismus vor, wenn eine Mehrheit die Macht besitzt, eine Minderheit als nicht „normal“ bzw. „anders“ zu definieren und sie dadurch zu benachteiligen. Dieser Ausgrenzungsmechanismus dient vor allem der eigenen Identifikation und dem Erhalt einer gesellschaftlichen Hierarchie.

Bezogen auf Deutschland bedeutet dies, die Ausgrenzungsmechanismen im historischen, sozial-strukturellen und gesetzlichen

Kontext zu durchleuchten. Begriffe wie „Rasse“ die ihre Hochkonjunktur im Nationalsozialismus hatten, werden heute zwar vermieden, sie werden jedoch durch andere Begriffe wie „Kultur“ oder „Ethnie“ ersetzt.

„Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den brutalen Herrschaftsanspruch.“ (Theodor W. Adorno: Schuld und Abwehr)

In diesem Zusammenhang bedarf es einer differenzierten Analyse rassistischer Erscheinungsformen und die Aufdeckung rassistischer Begriffe, da sie permanent eine rassistische Normalität reproduzieren ohne gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein. Dabei kommt der Politik, dem Staat und seinen Institutionen eine wichtige Verantwortung zu, um selbst geführte Debatten über „die Anderen“ rassismuskritisch zu hinterfragen, d. h. die Verknüpfungen mit Fragen von Macht und Abhängigkeit ins Bewusstsein zu rücken.

## **Zu Argumentationsmustern in der Integrationsdebatte**

Schaut man auf die sog. Integrationsdebatte, so lässt sich mit den Aussagen des SPD-Mitglieds Thilo Sarrazin und des CSU Politikers Horst Seehofer die Kontinuität der rassistischen Argumentationsmuster in der Bundesrepublik Deutschland gut beobachten.

Die Debatten um „die Muslime“, „die Araber“ oder „die Türken“ führen zu einer permanenten Ausgrenzung und Stigmatisierung dieser Minderheitengruppen.

„Die Integrationsprobleme liegen ausschließlich bei den muslimischen Migranten. Überall in Europa gibt es analoge Integrationsprobleme mit muslimischen Migranten. Die These meines Buches ist: Dies liegt offenbar am islamisch-kulturellen Hinter-

grund. Ich kenne keine andere Erklärung.“ (Thilo Sarrazin Interview, Die ZEIT, 28.06.10)

Die undifferenzierten und rassistischen Äußerungen in dieser Integrationsdebatte zeigen, dass es sich um ein immer wiederkehrendes Muster handelt, welches bei der Reproduktion rassistischer Argumentationsmuster üblich ist. Die rassistischen Argumentationsmuster basieren auf Zuschreibungen aufgrund unterschiedlicher „Kulturen“, „Nationen“, „Ethnien“ oder Religionszugehörigkeiten.

„Ich möchte, dass auch meine Urenkel in 100 Jahren noch in Deutschland leben können, wenn sie dies wollen. Ich möchte nicht, dass das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist, dass dort über weite Strecken Türkisch und Arabisch gesprochen wird, die Frauen ein Kopftuch tragen und der Tagesrhythmus vom Ruf der Muezzine bestimmt wird. Wenn ich das erleben will, kann ich eine Urlaubsreise ins Morgenland buchen.“ (Zitat von Thilo Sarrazin)

Somit entpuppt sich die „Integrationsdebatte“ als eine verdeckte Identitätsdebatte, die versucht Zugehörigkeiten zu homogenisieren, d. h. eine Gesellschaft in ein „Wir“ und „die Anderen“ zu spalten. Minderheiten werden kollektiv konstruiert und ihre individuelle Positionierung ausgeblendet.

Bei einer näheren Betrachtung der rassistischen Argumentationsmuster, zeigt sich deutlich die Verneinung einer anzuerkennenden Vielfalt in diesem Einwanderungsland. Die immer wieder auftauchende Selbstverständnisdebatte versucht das „Wir“ als homogen zu bestätigen und die „Anderen“ als Gesellschaft zu negieren.

„Es ist doch klar, dass sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern insgesamt

schwerer tun. Daraus ziehe ich auf jeden Fall den Schluss, dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen.“ „Wir müssen uns mit den Menschen beschäftigen, die bereits hier leben. 80 bis 90 Prozent sind ja gut integriert. Die Integrationsverweigerer müssen wir aber härter anpacken.“ (Horst Seehofer, Die Zeit 9.10.2010)

Problematisch sind keine Hinweise auf gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, sondern die Einbettung in rassistische Argumentationsmuster, dies führt besonders zu einer Verschiebung des Blicks von der Mehrheit auf die Minderheit und blendet die Diskriminierungen der Minderheiten-Gruppe aus. Eine rassismuskritische Perspektive meint den Blick in die eigene Verstrickung von rassistischen Denk- und Verhaltensmuster zu erkennen, um diese zu bekämpfen. Dies beinhaltet jedoch das Eingeständnis, dass es Rassismus in allen Bereichen unserer Gesellschaft gibt. ●

# LEITKULTUR UND ANTI-MUSLIMISCHER RASSISMUS: UM WAS GEHT ES BEI INTEGRATION EIGENTLICH? EIN KOMMENTAR ZU DEN AKTUELLEN DEBATTEN

Von **Ilhan Altıparmak**, studiert Politikwissenschaft und Islamwissenschaft an der Universität Heidelberg

## Schwerpunkt

Aktuell werden Tabu-Brüche im Hinblick auf die Integrationsdebatte geradezu begrüßt, da wohl Problemlagen in Zusammenhang mit der Eingliederung von MigrantInnen nun letztendlich konstruktiv und offen behandelt werden könnten. Es wird suggeriert, dass die sogenannte Integrationsdebatte nie zuvor ernsthaft geführt worden sei. Doch um was geht es eigentlich bei den Forderungen nach Integration, angesichts der Tatsache, dass der muslimische Teil der Bevölkerung sehr stark im gesellschaftspolitischen Fokus steht?

### Tabu-Brüche?

Die Anfänge in der Chronologie dieser Debatte gehen auf die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften in den 50er Jahren zurück. Es handelte sich neben „GastarbeiterInnen“ aus der Türkei um ItalienerInnen, SpanierInnen und GriechInnen. Zu dem Zeitpunkt wurden die Diskussionen lediglich von arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten der Einwanderung dominiert. Die GastarbeiterInnen sollten nach getaner Arbeit auch wieder in ihre Heimat zurückkehren. Diese Einschätzung trat nicht ein und nach dem Anwerbestopp von 1973 erhöhte sich die Zahl der ArbeitsmigrantInnen nicht zuletzt durch Familiennachzug. Die Politik konzentrierte sich darauf-

hin in den 80er Jahren auf die Begrenzung von Zuwanderung und Rückkehrförderung. Nichts an ihrer Aktualität verloren wird letzteres auch heute durch finanzielle Anreize unterstützt, ungeachtet der Notwendigkeit von Zuwanderung aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen. Obwohl es sich abzeichnete, dass die „Gäste“ keine Gäste mehr waren, blieben strukturelle Maßnahmen zur gesellschaftlichpolitischen Integration aus. Diffuse Vorstellungen von und zur Integration wurden dennoch artikuliert und debattiert. So kam es 1978 zur Einrichtung des Amtes des Ausländerbeauftragten, dessen erster Leiter der ehemalige SPD-Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Heinz Kühn wurde. Im Memorandum über den „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland“ von 1979 stellte Kühn die These auf, dass Deutschland faktisch ein Einwanderungsland sei.<sup>1</sup>

Die Ausländerpolitik in den 80er Jahren entwickelte sich zu einem populären Wahlkampfthema, die von der Mehrheit der Gesellschaft getragen wurde. Das „Dringlichkeitsprogramm“ von Helmut Kohl benannte 1982 die Ausländerpolitik als einen von vier thematischen Schwerpunkten seiner „Politik der Erneuerung“. Erhöhte Asylbewerberzahlen und der Zuzug von AusiedlerInnen in den 90er Jahren beflügelten weiter den Unmut gegenüber „Asylbewerbern und Ausländern“. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass 1984 bereits 79 Prozent der Bevölkerung der Meinung waren, es lebten zu viele AusländerInnen in Deutschland.<sup>2</sup> Auf den Pogrom von Rostock-Lichtenhagen folgte eine Welle von Angriffen und Brandanschlägen auf Ausländer und Asylbewerber. Diese waren in

den 90er Jahre schließlich Ausdruck einer herrschenden „Ausländerfeindlichkeit“ und kreierten eine gefühlte Zäsur im Hinblick auf die Ausländerdebatte. Zwar stand diese Eskalation vordergründig in engem Zusammenhang mit den Diskussionen um das deutsche Asylrecht, dennoch wurde klar, dass es dabei auch um eine viel grundsätzlichere Frage ging: das Verhältnis zur Einwanderung und Einwanderern. Letztendlich folgte eine breite Debatte über die politische Steuerung von Zuwanderung, das Verhältnis zur Integration und Assimilation, die Haltung zur Einbürgerung von Ausländern aber auch zum Konzept der multi-kulturellen Gesellschaft. Das gesellschaftspolitische Thema der Integration von MigrantInnen hat es geschafft, über einen sehr langen Zeitraum ihre Aktualität zu bewahren.

## Zwischen Assimilation und Integration

Ein Kardinalsfehler des Integrationsdiskurses liegt in der stets unklaren Bedeutung und Verwendung des Terminus Integration. Eine klare Definition des Begriffs Integration ist jedoch unerlässlich, damit die beteiligten AkteurInnen von einem gemeinsamen Verständnis ausgehen können. Die oftmals unklare Verwendung verhindert eine klare Zuweisung der politischen Verantwortung. Ferner müssen strukturelle Hindernisse für gesellschaftliche Teilhabe abgebaut werden, was vor allem politische Gestaltungsmacht voraussetzt und über die Verantwortung des Individuums hinausgeht.

---

1 Vgl. [http://www.migration-online.de/data/khnmemorandum\\_1.pdf](http://www.migration-online.de/data/khnmemorandum_1.pdf) (04.12.2010).

2 Vgl. <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc-E1753C8F3F4324072B3A02A037829DC0~ATpl-Ecommon-Scontent.html> (04.12.2010).

Die These ist, dass die MigrantInnen sich in die Gesellschaft hinein integrieren; also, „in“ die Gesellschaft hinein. So klar das klingt, wird in den Debatten deutlich, dass die Vorstellungen über Integration in der Gesellschaft so vielfältig sind, wie die Gesellschaft selber. Im eigentlichen Sinn bedeutet Integration die „Herstellung eines Ganzen“. So spricht auch der bekannteste Integrationsforscher Hartmut Esser ursprünglich von Assimilation und nicht Integration. Und ja, der Begriff der Assimilation ist beabsichtigt und kein Fauxpas. Und nein, es ist nicht schlimm, sondern korrekt und treffend, da die Verwendung des Begriffs Integration das eigentliche Ziel der Assimilation verharmlost. Jedoch wird der Begriff aus politischen und normativen Gründen nicht verwendet, da eine spurlose Assimilation nur unter einseitiger Aufgabe von Identitätsmerkmalen einhergeht und hegemoniale Strukturen verfestigt, sobald eine ausgesuchte Minderheit sich der Mehrheitsgesellschaft „anpassen“ und darin aufgehen soll.

Deutlich wird, dass die zurzeit verwendete Form von Integration nicht annähernd verwandt ist mit der eigentlichen Bedeutung. Die Verwandtschaft des ursprünglichen Integrationsbegriffs besteht eher zu dem für „tot“ erklärten „Multi-Kulti“ Begriff. Kritiker des Multikulturalismus beklagen, dass die Hervorhebung kultureller Differenz partikularistische und separatistische Bestrebungen stärkt.<sup>3</sup> „Multi-Kulti“ implizierte im Inhalt nicht nur ein „wir leben mal so nebeneinander her und freuen uns übereinander“. Multikulturalismus ist die Beschreibung für die in der Theorie und Praxis auftretende Vielkulturengesellschaft, „in der Menschen verschiedener Traditionen, Sprachen, Religionen, Konfessionen und ethnischer Zugehörigkeiten

zusammenleben“.<sup>4</sup> In der zweiten Hauptbedeutung wird von einem politischen Kampfbegriff gesprochen, mit dem die volle Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Kulturen, vor allem auch die Respektierung kultureller und ethnischer Besonderheiten, gefordert wird, im Gegensatz zum Integrations- oder „Schmelztiegel“-Konzept, das auf die allmähliche Auflösung kultureller Differenzen durch Assimilation und Integration setzt.<sup>5</sup>

Die idealistische Zielsetzung von „Multi-Kulti“ bestand in der gegenseitigen Vorstellung und Wahrnehmung der Vielfältigkeit Deutschlands. Diese sollte persönlich erlebt werden, so dass die Konsensfindung der Kulturen gefördert, und ein neues Ganzes hergestellt werden kann. Folglich ist die Bedeutung von Integration dem Verständnis von „Multi-Kulti“ näher, als dem Konzept der Assimilation im Kontext der deutschen „Leitkultur“.

Esser selbst definiert Assimilation als einen Prozess der zur gleichmäßigen Verteilung von Strukturmerkmalen (z. B. Sprachverhalten oder Einnahme beruflicher Position) über die verschiedenen Gruppen einer Gesellschaft. Es geht um die Auflösung systematischer Unterschiede zwischen den verschiedenen (ethnischen) Gruppen.<sup>6</sup> Demnach ist Assimilation dann gelungen, wenn es unter den einzelnen Migrantengruppen zu gleichen Anteilen AkademikerInnen und SozialleistungsempfängerInnen gibt, wie unter der „deutschen“ Bevölkerung.

---

3 Vgl. Schmidt, Manfred (2004): Wörterbuch zur Politik. 2., vollst. überarb. u. erweit. Aufl. Stuttgart, 2004, S. 464.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Vgl. Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Mannheim 2001, S. 21.

## Muslime im Fokus

Verfolgt man den aktuellen Diskurs in den Medien und der Politik, wird schnell deutlich, dass im Grunde genommen Muslime gemeint sind, wenn von „Migranten“ die Rede ist. Schlagworte, die die Debatte bestimmen, sind die Unterdrückung der Frau, Widerstand gegen Moscheebauten, gewaltlegitimierende Männlichkeitsvorstellungen der muslimischen Jugendlichen sowie die stete Forderung an Muslime nach einem Bekenntnis zum Grundgesetz in Abgrenzung zur Scharia. Diese negative Rezeption der Muslime schlägt sich in der allgemeinen Wahrnehmung und Haltung der Mehrheitsgesellschaft zur muslimischen Bevölkerung nieder. So belegen die Ergebnisse einer aktuellen repräsentativen Studie des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster, dass in Deutschland wesentlich stärkere Vorbehalte gegenüber Muslimen und deren Glaubensausübung bestehen, als in Dänemark, Holland, Frankreich und Portugal. Niederländer denken zu 62 Prozent positiv über Muslime, Franzosen zu 56 Prozent, Dänen zu 55 Prozent. Hingegen haben in Westdeutschland nur 34 Prozent und in Ostdeutschland 26 Prozent eine positive Einstellung zu Muslimen.<sup>7</sup> Nicht zuletzt wird oftmals betont, dass Integration bei Migranten aus Italien, Griechenland, Spanien und Portugal durchaus konfliktfrei gelungen sei. Im Gegensatz dazu wird die Integration von türkei- und arabischstämmigen MigrantInnen als problematisch angesehen – bisweilen wird ihnen sogar Integrationsunwilligkeit bzw. -unfähigkeit attestiert.

Dies geht einher mit der Forderung sich zur jüdisch-christlich geprägten deutschen Leitkultur zu bekennen und den Islam zu relativieren, ohne dass bislang eine zufriede-

denstellende Bestimmung über die Substanz dieser Leitkultur vorliegt. Mit dem Bestreben eine Leitkultur ethnisch-religiös zu bestimmen, wird die Überlegenheit einer (Leit-)Kultur gegenüber anderen bestehenden Kulturen postuliert.

Zum Phänomen der Ausländerfeindlichkeit tritt immer mehr eine Form der Islamfeindlichkeit in Erscheinung. Mittlerweile nimmt die Islamfeindlichkeit eine gesonderte Form des Rassismus ein, die unabhängig von der Ausländerfeindlichkeit bestehen kann.<sup>8</sup> In der angefeindeten Zielgruppe finden sich neben MigrantInnen mit muslimischem Hintergrund, sogar auch deutschstämmige Konvertiten zum Islam.

In der Konstruktion einer vermeintlichen Dichotomie zwischen der „westlichen“, sprich christlich-abendländischen Kultur, und der „islamischen“ Kultur, die als statische Einheiten unvereinbar gegenüber stehen, sieht die Rassismus-Forscherin Yasemin Shooman ein konstitutives Element des antimuslimischen Rassismus. Dabei gilt die westliche Kultur als aufgeklärt und fortschrittlich, während der islamischen Kultur Rückständigkeit und Gewaltbereitschaft zugeschrieben wird. Mit der Dämonisierung der „islamischen“ Kultur erfolgt gleichzeitig eine Idealisierung der westlichen Kultur.<sup>9</sup> Dieser Logik folgt auch die Propagie-

---

7 Vgl. [http://www.uni-muenster.de/Religion-und-Politik/aktuelles/2010/dez/PM\\_Studie\\_Religioese\\_Vielfalt\\_in\\_Europa.html](http://www.uni-muenster.de/Religion-und-Politik/aktuelles/2010/dez/PM_Studie_Religioese_Vielfalt_in_Europa.html) (04.12.2010).

8 Vgl. auch Benz, Wolfgang (Hg.) (2009): Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“, Berlin 2009 sowie Schneiders, Thorsten G. (Hg.) (2009): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden 2009.

9 Vgl. Shooman, Yasemin (2010): ... weil ihre Kultur so ist“. Der neorassistische Blick auf Muslime, in: „Rasse“ – eine soziale und politische Konstruktion, hrsg. v. Sir Peter Ustinov Institut, Wien 2010, S. 102f.

rung einer Leitkultur, die soziale und strukturelle Probleme einer Religion und Kultur zuschreibt und dabei einen gesamtgesellschaftlichen Prozess sabotiert, der zwingend für jede multikulturelle Gesellschaft notwendig ist. Die politische und gesellschaftliche Definition und Einführung des Begriffes Integration schafft eine künstliche Grauzone, die immun gegen die Vorwürfe der Diskriminierung und des Rassismus ist. Diese Grauzone ermöglicht die stetige Aushöhlung der Tabus. Dabei bilden stereotypisch gebildete Ressentiments in der Öffentlichkeit die Vorstufe zur hemmungslosen Diffamierung von Minderheiten. Welche Gefahren sich hinter ethnischen Stereotypen verbergen, verdeutlicht die Forschung von Grace Kao.

## Die Wirkung ethnischer Stereotypen

Die amerikanische Soziologin Kao erforschte die Wirkung von ethnischen Stereotypen auf die Entwicklung und Selbstwahrnehmung von Schülern. Kao fand heraus, dass nicht nur Konsens über die Stereotypen bestimmter ethnischer Gruppen bestand, sondern dass die Schüler unterschiedlicher ethnischer Herkunft diese Stereotypen auch auf sich selbst projizierten und anwandten. Während weiße Schüler beispielsweise als hart arbeitend, fleißig und ehrgeizig betrachtet wurden, galten afroamerikanische Schüler grundsätzlich als nicht lernbegierig oder weniger intelligent. Den „Hispanics“ ist das Handwerk vorherbestimmt, z. B. als Gärtner oder Automechaniker, daher galten sie in der Schule als weniger ambitioniert. Die asiatischen Schüler wurden als sehr hart arbeitende, erfolgreiche Überflieger betrachtet.

Kao kommt zu dem Ergebnis, dass Schüler diese Stereotypen nicht nur persönlich

als zutreffend annehmen, sondern diese auch im eigenen Handeln weitgehend den „erwarteten“ Eigenschaften und stereotypischen Prognosen anpassen.

Ein Grund nach Kao ist, dass junge Menschen, unabhängig ihrer ethnischen Zugehörigkeit dazu tendieren, sich sowohl innerhalb und außerhalb der Schule „mit gleichgesinnten“ zu sozialisieren, so dass bestehende Vorurteile verstärkt werden. Ein weiterer Grund ist, dass alle Schüler zwar erfolgreich sein wollen, den Erfolg jedoch nur in Relation zu ihrer eigenen Gruppe messen. „For all these young people, then, self develops through the lens of how U.S. society defines race and ethnicity.“<sup>10</sup>

Diese Entwicklung des Selbst an einer amerikanischen High-School kann nicht nur lokal begründet werden und liefert eine Erklärung dafür, wie sich Minderheiten und Mehrheiten an deutschen Schulen definieren und durch die Bilder in der Gesellschaft nicht nur geprägt werden, sondern diese auch verfestigen. Ohne den Abbau von rassistischen und diskriminierenden Vorurteilen und Strukturen wird es der deutschen Gesellschaft nicht möglich sein, diesen *circulus vitiosus* zu durchbrechen; auch dann nicht, wenn Thomas Müller und Mesut Özil zusammenspielen. ●

---

10 Macionis, John J. (2005): *Sociology*, 10. überarb. Auflage, New Jersey 2005, S. 133.

# INTEGRATIONSMAIN- STREAMING ALS KONZEPT

Von **Günther Schultze**, Leiter des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung

## Schwerpunkt

So viele Aktivitäten und Diskussionen zum Thema Integrationspolitik, sowohl auf der politischen Ebene als auch in den Medien, wie derzeit, gab es noch nicht. Das Thema ist aus seinem Schattendasein herausgetreten und ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt:

Bereits vier „Integrationsgipfel“ haben stattgefunden. Der Nationale Integrationsplan und das Integrationsprogramm sind veröffentlicht. Die Islamkonferenz hat im Dialog mit Muslimen neue Akzente gesetzt. Die Bundesländer haben eigene Integrationskonzepte entwickelt. Viele Kommunen, vor allem die größeren, haben konkrete Integrationspläne verabschiedet. Die statistische Erfassung der Zielgruppe nach dem „Ausländerkonzept“ wird zunehmend ersetzt durch das Konzept „Menschen mit Migrationshintergrund“. Das Positive ist, dass das Ausmaß der gesellschaftlichen Herausforderungen nicht mehr geleugnet werden kann: ca. ein Fünftel der Bevölkerung

in Deutschland hat einen Migrationshintergrund, in vielen Städten, Stadtteilen, Kindergärten und Schulen liegen die Anteile darüber.

## Bisherige Lösungsansätze unzureichend

Die Mehrzahl der o. g. Aktivitäten verfolgen allerdings einen „Förderansatz“, der nach wie vor von den Defiziten und nicht von den Ressourcen der Einwanderer ausgeht. Die zahlreichen Projekte und Modellversuche in der Integrationsarbeit können strukturelle Defizite nicht beheben, sie haben nur begrenzten Erfolg. Von sozialer Chancengleichheit und gleichberechtigter Teilhabe sind wir weit entfernt: Die strukturelle Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zeigt sich in vielen Bereichen:

- Die PISA- und IGLU-Studien haben die Defizite unseres Schulsystems deutlich gemacht.

- In Parlamenten und Parteien sind Menschen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert.
- Die Mitarbeiterstruktur vieler Organisationen entspricht nicht der Bevölkerungsstruktur.
- Es gibt Diskriminierungen beim Einstieg in Ausbildung und Beruf.
- Gesetzesfolgenabschätzungen finden nicht statt usw.

Diese unbefriedigende Situation ist inzwischen von vielen erkannt worden. Institutionen der Zivilgesellschaft aber auch der verschiedenen staatlichen Ebenen sind nicht untätig geblieben und haben nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Doch wie sehen diese aus? In der Vergangenheit und auch heute noch werden häufig spezielle Stellen, Ämter, Arbeitskreise und Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit den Themen Integration, Migration und ethnische Vielfalt befassen. In den Kommunen gibt es Integrationsbeauftragte und es werden multikulturelle Büros eingerichtet. Nahezu alle Verbände und größeren Vereine haben Arbeitskreise für Migration und Integration gegründet. In ihnen treffen sich die Migrations- und Integrationsexperten. Vor allem bieten sie den politisch engagierten Einwanderinnen und Einwanderern eine Plattform, sich einzubringen. Dass dort ihr politisches Engagement vor allem auf Integrationsfragen reduziert wird, stört meistens nur sie selbst.

Die Erfolge und Wirkungen dieser Arbeitskreise sind begrenzt. Sie sind die allein zuständigen Gremien für Integrationsfragen. Die übrigen Organisationseinheiten müssen sich nicht mit der Thematik auseinandersetzen. Wir alle kennen die zahlreichen Positionspapiere und Stellungnahmen solcher Gremien und Arbeitskreise.

Sie fordern eine bessere Integrationspolitik in der Gesellschaft, aber auch in der eigenen Organisation, ohne dass aber allzu viel passiert. In der Regel sind diese AKs mit geringen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet. Und so entstehen bei den Mitgliedern nicht selten Gefühle der Überforderung und Resignation.

### **Was bedeutet Mainstreaming für Einwanderer?**

Wir müssen eine grundlegend neue Herangehensweise wählen. Notwendig ist eine Strategie, die neue Instrumente einsetzt, andere organisatorische Lösungen findet und einen Perspektivenwechsel aller Beteiligten einleitet.

Wir haben diese Strategie Mainstreaming für Einwanderer oder „Cultural Mainstream“ genannt. Der Begriff Cultural Mainstreaming konkurriert mit anderen Konzepten und Begrifflichkeiten, wie z. B. „Integration als Querschnittsaufgabe“ oder „Interkulturelle Öffnung“. Neuerdings ist „Diversity Management“ modern. Man muss immer genau analysieren, wer welchen Begriff mit welcher Zielsetzung benutzt. Das Konzept „Cultural Mainstreaming“ ist angelehnt an das Konzept des Gender Mainstreaming. Gender Mainstreaming wurde aus der Kritik an der begrenzten Reichweite der traditionellen Frauenförderung entwickelt. In vielen Förderprogrammen auf EU Ebene wird inzwischen von den Projektträgern gefordert, das Verfahren des Gender Mainstreaming anzuwenden.

Mainstreaming für Einwanderer lässt sich definieren als ein Instrument mit dem Ziel der gleichberechtigten Teilhabe und der Verwirklichung von Chancengleichheit von Einwanderinnen und Einwanderern

und ihrer Kinder in allen Lebensbereichen und in allen Politikfeldern. Bei allen Entscheidungen und Abläufen einer Organisation oder bei allen Gesetzen soll abgeschätzt werden, ob sie Wirkungen entfalten, die dem oben genannten Ziel dienen oder ihm zuwider laufen. Das Besondere ist, dass Mainstreaming-Prozesse die gesamte Organisation/ein gesamtes Politikfeld und nicht nur einzelne Themen und Bereiche betreffen.

Zum Beispiel:

- Kultur: Nicht nur fragen, wie können wir die Kulturarbeit von Migrantenorganisationen fördern, sondern auch, wie können städtische Theater, Orchester und Bibliotheken Menschen mit Migrationshintergrund ansprechen.
- Medien: Nicht nur die Berichterstattung über „Integrationsprobleme“ überprüfen, sondern fragen, wie in der alltäglichen Berichterstattung auch die Einwanderungsrealität abgebildet werden kann.
- Familienpolitik: Nicht nur „Zwangsverheiratungen“ thematisieren, sondern die gesamten Leistungen der Familienpolitik (Kindergeld, Elterngeld, Steuersplitting usw.) auf ihre integrationspolitische Wirkung überprüfen usw.

Der grundlegende Perspektivenwechsel besteht darin, dass nicht mehr allein die Probleme und Schwierigkeiten, die Menschen mit Migrationshintergrund machen oder haben, im Fokus stehen. Gefragt wird nicht ausschließlich danach, wie sich Einwanderer integrieren können. Gefragt wird vielmehr, wie sich Organisationen und politische Konzepte, ändern müssen, um ihrem Auftrag in der Einwanderungsgesellschaft mit einer ethnisch, religiös und kulturell

heterogenen Bevölkerung gerecht zu werden.

Mainstreaming-Prozesse für Einwanderer müssen einen reflexiven Umgang mit den Begriffen „Kultur“, „Ethnie“ und „Nationalität“ pflegen und vermitteln. Es muss vermieden werden, aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe bzw. statistischen Kategorie auf bestimmte Wesens- und Charaktermerkmale eines Menschen zu schließen. Es muss vermieden werden, aus der Zugehörigkeit zu einer Religion, zum Beispiel dem Islam oder einer Nationalität, zum Beispiel der türkischen, auf ein bestimmtes Verhalten zu schließen. „Ethnizität“ ist eine soziale und keine biologische Kategorie. Prozesse der Selbst- und Fremdwahrnehmung durchdringen sich. Ethnische Zugehörigkeit kann, muss aber nicht, ein wesentliches Element der Identität sein. Und ethnische Zugehörigkeit kann, muss aber nicht, eine wesentliche Kategorie der gesellschaftlichen Zuschreibungen und Einordnungen sein.

Wichtig für Mainstreaming-Prozesse ist weiterhin, dass hierarchische Strukturen der Organisation thematisiert werden: Wie viele Menschen mit Migrationshintergrund besetzen Führungspositionen? Wie ist ihre Verteilung auf die verschiedenen Eingruppierungsstufen? Es geht hier vor allem nicht nur um die Erhöhung der Effektivität und Effizienz einer Organisation; diese Fragen stehen bei Diversity-Management-Konzepten im Vordergrund. Es geht vielmehr darum, wie Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden können.

## **Konzept der Organisationsentwicklung**

Das hier vorgestellte Konzept verfolgt ein sehr weit gehendes Ziel. Im folgenden soll ein idealtypischer Verlauf eines Mainstream-

ming-Prozesses dargestellt werden. Er verwirklicht das Prinzip „von oben gewollt“ (Top-Down) und „von unten getragen“ (Bottom-Up).

„Top-Down-Prinzip“: Mainstreamingansätze können nur funktionieren, wenn die Spitze einer Organisation und die Entscheidungsträger diese Veränderungen wollen und den Prozess initiieren und unterstützen. Eine Strategie, die von unteren Hierarchieebenen angestoßen wird und die oberen Hierarchieebenen außer acht lässt, wird nicht erfolgreich sein.

„Bottom-Up-Prinzip“: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Organisation müssen von Anfang an in die Überlegungen und Entscheidungen einbezogen werden. Dazu sind unter anderem Fort- und Weiterbildungsangebote erforderlich, die einen Bezug zur jeweiligen Arbeitspraxis haben. Nur von der Führungsebene verordnete Veränderungsprozesse versanden, wenn es nicht gelingt, die Beschäftigten in diesen Prozess einzubinden und sie für die Mitarbeit zu gewinnen. Der „Mehrwert“ für die eigenen Arbeitsergebnisse und -abläufe muss sichtbar werden.

Leitbildentwicklung. Es sollte ein Leitbild oder eine Vision erarbeitet werden, die die Zielsetzung der Organisationsentwicklung umschreibt. Dies dient allen Arbeitseinheiten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Orientierung. Das Leitbild beschreibt das Selbstverständnis der Organisation und ist die Grundlage für die Zielformulierungen.

Bestandsaufnahme: Die Analyse des Ist-Zustands sollte in allen Bereichen erfolgen. Für sie muss genügend Zeit eingeräumt werden. Die Bestandsaufnahme hat erstens einen quantitativen Teil. Es muss z. B. in Institutionen des Öffentlichen Dienstes erhoben werden, auf welchen Po-

sitionen Einwanderer vertreten sind und wie ihre Eingruppierung ist. Zu fragen ist, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund sich bewerben und wie viele angenommen werden usw. Diese quantitative Analyse muss ergänzt werden durch eine qualitative Analyse. Diese umfasst Fragen wie: Wie sieht es mit der Einstellungspraxis aus, welche Verfahren gibt es? Welche Kommunikationsprobleme gibt es zwischen den Kolleginnen und Kollegen untereinander? Welche Kommunikationsprobleme haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Kunden, die Dienstleistungen abfragen? Wie sieht das Bild des „anderen“ des „Fremden“ aus, das in einer Organisation vorherrscht? Usw.

Entwicklung von Zielen: Bei der Zielentwicklung müssen alle Beteiligten einbezogen werden. Ziele, die von oben diktiert werden, verpuffen in der Regel. Entscheidend ist, dass die Ziele einen engen Bezug zur Praxis haben. Und die Ziele müssen dem SMART-Prinzip folgen. SMART meint: spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch und zeitlich terminiert. Ziele, wie z. B. „wir wollen die Integration verbessern“, oder „wir werden die Partizipationsmöglichkeiten der Einwanderer erhöhen“, bleiben in der Regel wirkungslos, weil niemand weiß, was konkret getan werden soll. Ein SMART-Ziel hingegen ist etwa: Im nächsten Jahr werden wir den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund verdoppeln. Oder: In allen Gremien und Ausschüssen der Organisation sollen nach den nächsten Wahlen oder Berufungen Person mit Migrationshintergrund adäquat vertreten sein.

Projektplanung und Durchführung: Wenn ich diese Ziele formuliert habe, folgt das klassische Projektmanagement: Verantwortliche bestimmen, Zuständigkeiten

klären, interkulturelle Projektteams bilden, Ressourcen und Personal akquirieren, Zeitplan erstellen usw..

Evaluation: Es muss überprüft werden, welche Ziele erreicht und welche verfehlt wurden. Das schließt ein, nach den Gründen zu forschen, warum etwas nicht funktioniert hat.

Verankerung des Mainstreaming als permanenter Bestandteil der Organisationsentwicklung: Mainstreaming ist kein Prozess, der irgendwann abgeschlossen ist. Es ist eine neue Denk- und Handlungsweise, die bei allen zukünftigen Vorhaben berücksichtigt werden sollte

Mainstreaming für Einwanderer und Einwanderinnen ist ein anspruchsvolles Konzept. Es setzt die Bereitschaft aller Beteiligten zur Veränderung voraus. Neben der Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen und personellen Ressourcen erfordert es einen grundlegenden Wechsel des Blickwinkels. ●

# GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT ANERKENNEN: AKTUELLE BÜCHER ZUR INTEGRATIONSDEBATTE

Von **Thilo Scholle**, Mitglied im Juso-Bundesvorstand

Schwerpunkt

## Interkultur

Die Problematik der Diskussionen über „Integration“ beginnt bereits bei der Frage, was „Integration“ denn eigentlich sein soll. Zentrales Buch zur aktuellen Debatte ist daher in diesem Jahr der Titel „Interkultur“ des Journalisten Mark Terkessidis. Im Mittelpunkt des Buches steht die Kritik am Begriff „Integration“: Da sich hinter diesem Begriff allerlei unausgesprochene Vorstellungen darüber, was „deutsch“ sei und wer hier „zu Hause“ und wer hier „Gast“ sei, verbergen würden, trage dieser Begriff kaum zu einer Klärung bei, wie Zusammenleben funktionieren kann. Hinzu komme, dass die verbreiteten Ideen vom „Deutschsein“ so altbacken seien, dass selbst viele Einheimische ihre Lebensrealitäten nicht mehr darin unterbringen könnten.

Der Begriff „Integration“ bedeute damit meist eine negative Diagnose: „Es gibt Probleme, und die werden verursacht durch die Defizit von bestimmten Personen, die wiederum bestimmten Gruppen angehören“ – klarer lässt sich die Problematik der Dis-

kussion über die „Integrationsfähigkeit“ des Islams in Deutschland nicht charakterisieren.

Nicht in den Blick genommen werde demgegenüber der verbreitete Rassismus und die fehlende Offenheit von Strukturen und Institutionen für die neue Vielfalt der Gesellschaft. Terkessidis schlägt daher vor, den Begriff „Integration“ durch den Begriff „Interkultur“ zu ersetzen. Ziel ist die Evolution der Institutionen im Hinblick auf die neue Vielfalt der Gesellschaft. Terkessidis möchte hier den Begriff der „Barrierefreiheit“ als Orientierungspunkt dafür einführen, ob eine Gesellschaft für alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner gut funktioniert.

## Muslim Girls

Mit dem Buch „Muslim Girls“ widmet sich die Herausgeberin der Frauenzeitschrift „Gazelle“, Sineb El Masrar, einer Gruppe, die in der aktuellen Debatte meist nur als unterdrückte Objekte vorgestellt werden: Frauen mit muslimischem Hintergrund.

Dem setzt El Masrar ein Portrait ihrer eigenen Generation junger Frauen mit einem Migrationshintergrund aus muslimischen Ländern entgegen. Entstanden ist dabei nicht nur ein gut geschriebenes Buch über die Vielfalt von Lebensrealitäten junger Musliminnen in Deutschland, das mit vielen Klischees aufräumt: Es ist sehr wohl möglich, auch als junge Muslima eine moderne Identität zu entwickeln, ohne sich in permanentem Konflikt mit dem Herkunftsmilieu zu befinden. Gerade diese Vielschichtigkeit bildet sich in den aktuellen Debatten über „die“ muslimische Frau kaum ab.

El Masrar geht aber darüber hinaus auch ausführlich auf Benachteiligungen und Diskriminierungen von Menschen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt ein. Gerade zur oft verbreiteten Ansicht, ein zentrales Problem muslimischer Frauen sei die Unterdrückung durch patriarchalische Strukturen in ihren Herkunftsmilieus, setzt El Masrar damit einen wichtigen Kontrapunkt.

### **Muslimisch, weiblich, deutsch!**

Das Thema „Islam“ steht auch im Mittelpunkt des Buches von Lamyä Kaddor. Die Autorin wurde als eine der ersten Islamkundelehrerinnen in Deutschland bekannt und ist regelmäßiger Gast auf politischen Veranstaltungen zum Thema „Islam in Deutschland“. Dabei hat sich Kaddor in den vergangenen Jahren als Vertreterin eines „liberalen“ Islam hervorgetan, der die religiösen Quellen vor allem mit Blick auf heutige Lebensrealitäten interpretieren will.

Das Buch „Muslimisch – weiblich – deutsch!“ bewegt sich auf mehreren Ebenen: Zum einen bietet Kaddor eine kleine Einführung in die Grundlagen islamischen

Glaubens und der Interpretation von religiösen Quellen – aus ihrer Sicht. Schwerpunkt ist dabei die Herleitung ihrer eigenen Überzeugen – so erläutert sie beispielsweise, warum das Tragen eines Kopftuchs ihrer Ansicht religiös zwar möglich, aber nicht vorgeschrieben ist. Breiten Raum nehmen daneben immer wieder die Verweise auf die Einstellungen und Kenntnisse ihrer Schülerinnen und Schüler an einer Hauptschule ein: Hier konstatiert Kaddor große Unkenntnis über Glaubensinhalte und ihre theologischen Begründungen. Für viele sei der Islam ausschließlich ein System von Ge- und Verboten. Dem stellt Kaddor ihr eigenes Verständnis von einer Religion der ständigen Suche nach Wahrheiten und des Nachdenkens und Reflektierens über religiöse Ansichten gegenüber.

Gerade diese Wahrnehmung könnte auch für eines der zentralen Probleme aktuell sein: Wie für die von Kaddor vorgestellten Schüler ist auch für viele Nichtmuslime „der“ Islam in erster Linie ein System von Ge- und Verboten, dass kaum an wirkliche Debatten anschlussfähig ist. Das dies doch so sein kann – und von vielen auch so gesehen und praktiziert wird – zeigt Kaddors Buch.

### **Islamfeindlichkeit und Islamverherrlichung**

Unterschiedliche Perspektiven auf aktuelle Auslegungen und Glaubenspraktiken bietet auch das vom Münsteraner Religionswissenschaftler Thorsten Gerald Schneiders herausgegebene Buch „Islamverherrlichung“. Anders als der Untertitel „Wenn die Kritik zum Tabu wird“ vermuten lässt, geht es in dem Band aber nicht um die Art der Unterdrückung von inner-muslimischen Debatten. Die im Band versammelten 29 Beiträge sind vielmehr zu den Blöcken

„Grundlagen des theoretischen Diskurses“, „Zum gegenwärtigen Umgang mit dem islamischen Erbe in Europa“ und „Verhalten und Eigendarstellung von Muslimen in Deutschland“ geordnet und geben vor allem einen Überblick über aktuelle theologische Diskurse und ihre Anwendung im Alltag.

Während einige Beiträge sich historischen oder theologischen Fragen widmen, wenden sich andere aktuellen Lebensrealitäten von Muslimen zu. Auch wenn die Auswahl der Beiträge zum Teil etwas willkürlich wirkt – ein roter Faden ist bei der Zusammenstellung nicht erkennbar – so bietet der Band doch ein interessantes Panorama unterschiedlicher theologischer Interpretationen und Diskussionen. Für die aktuelle Debatte in Deutschland interessant ist vor allem der dritte Abschnitt des Buches, in dem u. a. auf das Verhältnis von Religion und traditioneller Überlieferung sowie auf das Zusammenspiel von Religion und Nationalismus eingegangen wird.

Als „Gegenstück“ zum Band „Islamverherrlichung“ ist der vom selben Herausgeber edierte Band „Islamfeindlichkeit“ konzipiert. In den hier versammelten 30 Beiträgen wird ein sehr guter Überblick über die aktuellen Aspekte von „Islamfeindlichkeit“ geboten, aber auch die historischen Bezüge hergestellt. Deutlich wird, wie selektiv der Blick auf „den“ Islam zumeist erfolgt, um ein Bild von Rückständigkeit zu zeichnen. In den Blick genommen wird dabei auch das Zusammenspiel der verschiedenen „Islamkritiker“ und deren Praxis des gegenseitigen Zitats. Aufschlussreich ist auch der Blick auf verschiedene Websites, die vor allem als legitime Kritik verpackte „Islamfeindlichkeit“ zum Thema haben.

Durch die Zusammenschau beider Bände entsteht so einerseits ein sehr guter

Überblick über die aktuellen Facetten von Islamfeindlichkeit, andererseits aber auch ein erster Eindruck über innerislamische Debatten und Diskussionsansätze.

## **Islamfeindlichkeit in Deutschland**

Dem Thema „Islamfeindlichkeit in Deutschland“ widmet sich auch das gleichnamige Buch des FH-Professors Achim Bühl. Antrieb für das Buch war wohl die aktuellen Debatte im Herbst 2010: Brühl hält eingangs fest, dass die Debatte um das Sarrazin-Buch eine sei, ob Rassismus, Biologismus und Islamfeindlichkeit in Deutschland Teil der politischen Kultur seien, oder nicht.

Bühl zieht auch Parallelen zwischen Islamfeindlichkeit und Antisemitismus, ohne die Phänomene hier gleichzusetzen, die er zum Beispiel in einem Transfer antisemitischer Topoi wie dem von einer die Welt steuernden geheimen Macht auf den Islam sieht. Insgesamt bietet das Buch ein breites Panorama von den historischen Ursprüngen von Islamfeindlichkeit über „Gegenbilder und Gegenrealitäten“ des Islam als Bestandteil der europäischen Kultur bis hin zur modernen Islamfeindlichkeit.

Dabei scheint das Buch sehr schnell geschrieben worden zu sein. Die meisten Fußnoten stammen aus dem Internet oder verweisen auf das jeweilige Stichwort bei wikipedia. Auch ist die Darstellung im Bereich der historischen Islamfeindlichkeit oberflächlich: Die Auseinandersetzung mit Karl May als einem der Hauptbeispiele für Islamfeindlichkeit gerät viel zu kurz, und unterschlägt die völkerverbindenden Töne im Spätwerk Karl Mays vollständig. Trotzdem bietet das Buch einen guten ersten Einstieg und Überblick vor allem über die im Kontext der aktuellen Debatten diskutierten Aspekte von „Islamfeindlichkeit“.

## Postislamismus

Zu den nach wie vor umstrittensten islamischen Vereinigungen in Deutschland gehört die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“, die vom Verfassungsschutz als fundamentalistisch eingestuft und beobachtet wird. Der Ethnologe Werner Schiffauer befasst sich seit vielen Jahren mit der Entwicklung islamisch-religiöser Verbände in Deutschland, und legt nun eine umfassende Studie über die ideologische Entwicklung von Milli Görüs in Deutschland in den letzten Jahren vor.

Milli Görüs habe traditionell einen „Populärislamismus“ vertreten, der auf den Aufbau einer breiten und möglichst viele Bevölkerungsgruppen einbeziehenden Bewegung gezielt habe. Als neues Paradigma und der jüngeren Funktionären den „Postislamismus“ aus. Dieser setze nicht mehr auf die Errichtung einer theokratischen Herrschaft, sondern richte sich vielmehr in einem grundsätzlich säkularen Staat ein, und versuche stattdessen, möglichst viele Rechte für eine konservativ geprägte Religionsausübung zu erlangen. Zu finden seien solche Einstellungen aber vor allem auf den höheren Funktionärebene, während in den Gemeinden noch die „alten“ Überzeugungen dominieren würden. Damit schaltet sich Schiffauer an einem entscheidenden Punkt in die öffentlichen Debatten ein. Sein Fazit legt nahe, die Milli Görüs als normale – zwar konservativ orthodoxe, doch innerhalb des Verfassungsbogens liegende Organisation – einzustufen.

Schiffauers Fazit ist in der Politik umstritten. Gerade am Beispiel der Milli Görüs lässt sich aber auch gut zeigen, wo vielleicht eine Unterscheidung zu treffen ist zwischen der aus dem Prinzip der Gleichbehandlung zu gewinnenden grundsätzli-

chen Akzeptanz der Milli Görüs als religiöse Vereinigung und der gleichzeitigen Feststellung, dass sie als politischer Bündnispartner für linke Organisationen auf Grund ihrer konservativ-religiösen Orientierung ausscheiden muss.

## „Graue Wölfe“ in Deutschland

Mit den „Grauen Wölfen“ nimmt Emre Arslan eine weitere umstrittene Gruppe aus dem türkisch-islamischen Bereich in den Blick. Anders als Schiffauer geht es Arslan aber nicht darum, Veränderungen in der nationalistischen und faschistoiden Ideologie der Grauen Wölfe herauszuarbeiten, sondern vielmehr der Frage nachzugehen, dass die bestimmenden ideologischen Momente für die Grauen Wölfe in Deutschland sind und aus welchen Gründen sich Menschen dieser Organisation anschließen.

Einer der wichtigsten Faktoren ist für Arslan die auf die ständige Fremdethnisierung in Deutschland folgende Selbstethnisierung vieler junger Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Zentraler Anknüpfungspunkt sei dabei der „Mythos“, den die Grauen Wölfe zur Entwicklung der türkischen Nation verbreiten, und den sie zur Erklärung von historischen Entwicklungen und aktueller Politik heranziehen.

Eine Entwicklungsgeschichte oder ein Überblick über die aktuellen Aktivitäten der Grauen Wölfe ist das Buch nicht. Mit dem Nachzeichnen der ideologischen Fixpunkte der Grauen Wölfe bietet das Buch aber eine fundierte Diskussion der Funktionsweise von Ideologie bei den Grauen Wölfen, und bietet damit auch Hinweise für die politische Auseinandersetzung.

## Der Ball ist bunt

Rassismus und Antisemitismus, aber auch die Vielfalt von Identitäten stehen im Mittelpunkt des Buches „Der Ball ist bunt“. In Textbeiträgen und Interviews wird die Vielfalt der Herkünfte von Menschen im Fußball in Deutschland vorgestellt, beispielsweise durch kurze Interviews mit den Fußballern Patrick Owomoyela und Halil Altintop. Breiten Raum nimmt die Darstellung von Rassismus im Fußball sowie von Maßnahmen dagegen ein. Interessant und wichtig sind auch die Beiträge zum Thema Antisemitismus im Fußball sowie zum verdrängten und ignorierten „jüdischen Erbe“ im Fußball – von Nationalspielern über Funktionäre bis hin zu Journalisten.

So ist der „Ball ist bunt“ ein schönes Zeichen nicht nur dafür, welche Leidenschaft Fußball quer durch Milieus und ethnische Hintergründe auslösen kann, sondern auch, wie einfach das Zusammenspielen und Zusammenleben doch eigentlich funktionieren kann.

Genau hier sollte auch die Diskussion weiter ansetzen, wie gerade Terkessidis und El Masrar in ihren Büchern gezeigt haben: Die Lebensrealitäten in Deutschland sind bunt, und das ist auch gut so! Statt endlose Debatten über Kultur, Religion und Herkunft zu führen, sollte es endlich an die gemeinsame und solidarische Gestaltung dieser Realität gehen! ●

### Liste der besprochenen Bücher:

.....  
Emre Arslan  
Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum  
Türkische Graue Wölfe in Deutschland  
VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009  
265 Seiten, 39,90 €

Diethelm Blecking/Gerd Dembowski (Hrsg.)  
Der Ball ist bunt  
Fußball, Migration und die Vielfalt der Identitäten  
in Deutschland  
Brandes & Apsel Verlag, Frankfurt am Main 2010  
301 Seiten, 24,90 €

Achim Bühl  
Islamfeindlichkeit in Deutschland  
Ursprünge/Akteure/Stereotype  
VSA-Verlag, Hamburg 2010  
319 Seiten, 22,80 €

Sineb El Masrar  
Muslim Girls  
Wer wir sind, wie wir leben  
Eichborn Verlag, Frankfurt am Main 2010  
206 Seiten, 14,95 €

Lamya Kaddor  
Muslimisch, weiblich, deutsch!  
Mein Weg zu einem zeitgemäßen Islam  
Verlag C.H. Beck, München 2010  
206 Seiten, 17,90 €

Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.)  
Islamfeindlichkeit  
Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen  
VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2., aktualisierte  
und erweiterte Auflage, Wiesbaden 2010  
498 Seiten, 49,95 €

Thorsten Gerald Schneiders (Hrsg.)  
Islamverherrlichung  
Wenn die Kritik zum Tabu wird  
VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010  
401 Seiten, 39,95 €

Werner Schiffauer  
Nach dem Islamismus  
Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft  
Milli Görüs  
Suhrkamp Verlag, Berlin 2010  
394 Seiten, 15,00 €

Mark Terkessidis  
Interkultur  
Suhrkamp Verlag, Berlin 2010  
221 Seiten, 13,00 €

# FEMINISMUS IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT – EIN AUFSCHLAG ZUR DEBATTE

Von Matthias Ecke, Daniela Kaya und Elena Pieper

## Schwerpunkt

### 1. Von Kopftuchmädchen und weißen alten Herren

Der Sommer und Herbst dieses Jahres kamen vielen Antirassist/innen vor wie eine unerwünschte Zeitreise – zurück in die Steinzeit. Plötzlich musste allen Ernstes begründet werden, warum das Schwadronieren über ethnisch bedingte Gendefekte oder die „Produktion von Kopftuchmädchen“ rassistisch ist.

In der anschließenden Debatte wurde plötzlich „die Unterdrückung der Frau“ zum Argument von WELT-Redakteuren und weiße, ältere Herren versuchten, sich als Speerspitze des Feminismus in Deutschland zu profilieren. Wie schon in der Debatte über einen „neuen Feminismus“ wurde auch die Diskussion um ein Patriarchat im Islam weitgehend ohne Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund geführt.

Denn die alten weißen Männer suchen keineswegs gleichberechtigt nach Allianzen mit Vertreter/innen eines migrantischen Feminismus, sondern differenzieren fein säuberlich zwischen „abendländischer“ Aufklärung und dem archaisch-machistischen „Orient“.

Diese Schlaglichter zeigen, dass wir unsere Kategorien besser in Einklang bringen müssen. Es gilt, antirassistische und feministische Debatten im Verband stärker in den Dialog zu bringen und unsere politische Theorie und Praxis daraufhin zu befragen, wo sie selbst die Hegemonie des „Weiß-Seins“ reproduziert. Als Jusos haben wir den Anspruch, Machtstrukturen der Ungleichheit zu erkennen, aufzudecken und daraus Potenzial für Veränderungen zu schöpfen. Dazu müssen wir rassistische Herrschaftsstrukturen systematisch in unsere Debatten, gerade die feministischen, einbeziehen.

## 2. Theoretische Erweiterung: Rassismus als Strukturkategorie

Schon im 19. Jahrhundert haben die Theoretiker/innen der Arbeiter/innenbewegung erkannt, dass der Kapitalismus kein alleiniger, uniformer Herrschaftsapparat ist, der alle Menschen in gleicher Weise betrifft. Denn neben der mit der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel sowie der Abhängigkeit von Lohnarbeit verbundenen Unterscheidung in Proletariat und Bourgeoisie wurden auch andere Friktionen offenbar. Auch in Proletariatsfamilien blieb die Reproduktionsarbeit fast ausschließlich den Frauen aufgebürdet und die Kämpfe um Freiheit und politische Mitbestimmung wurden vor allem für einen Teil der Bevölkerung gefochten: Männer. Der orthodox-marxistische Glaube der frühen Arbeiter/innenbewegung, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter ein „Nebenwiderspruch“ sei, der sich mit der Emanzipation der Arbeit vom Kapital von selbst erledige, galt alsbald als theoretisch und praktisch überholt. Kapitalismus und Patriarchat wurden zunehmend in ihrer Eigenständigkeit aber auch Verschränkung diskutiert und konfrontiert. Die emanzipatorischen sozialen Bewegungen des 20. Jahrhunderts haben diese Perspektive erweitert.

Heute leben wir in einer Einwanderungsgesellschaft in der Klassenzugehörigkeit, Geschlecht und die ethnische Zuschreibung wichtige Markierungen für die soziale Positionierung sind. Diese Markierungen und die mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Dominanzstrukturen, existieren nicht nur nebeneinander, sondern überschneiden sich und bilden so neue Diskriminierungskategorien heraus. Eine türkischstämmige Frau wird demnach nicht nur als Frau oder als Person mit Migrati-

onshintergrund beschrieben und diskriminiert, sondern als weibliche Migrantin. Dieses Phänomen der Wechselwirkung und Überschneidung verschiedener Diskriminierungskategorien wird in der Soziologie als Intersektionalität beschrieben.

Diese Erkenntnis hat Folgen für unser Verständnis von Rassismus. Nicht nur, dass rassistische Diskriminierung heute anders stattfindet als früher. An die Stelle des biologisch-völkischen Rassismus des 19. und 20. Jahrhunderts treten nun neue Label wie Religion, Ethnie und Kultur. „Der Muslim“ mehr noch als „der Araber“ dient heute oftmals als rassistische Zuschreibungsfolie. Auch das Verständnis rassistischer Praxis hat sich weiterentwickelt. Rassismus kann nicht als Unterdrückung einer homogenen, durch unveränderliche Körper- oder Verhaltensmerkmale definierten „Rasse“, „Ethnie“ oder „Kultur“ durch eine andere verstanden werden. Besonders die Arbeiten der postkolonialen Theorie haben darauf hingewiesen, dass soziale Kategorien wie „race“ diskursiv erzeugt und festgeschrieben werden. Ethnische Zuschreibungen und die mit ihnen verbundenen Rollenerwartungen sind kontextabhängig und veränderbar. Wer in Deutschland als „Südländerin“ wahrgenommen wird, kann in Ghana leicht als „Europäerin“ oder „Weiße“ gelten. Identitäten sind machtvolle Konstrukte, die in Diskursen verhandelt werden und materielle Konsequenzen nach sich ziehen.

Der Einbezug des Herrschaftssystems Rassismus in unsere feministische Debatte darf aber auch vor uns selbst nicht Halt machen. Auch wir sind eingebunden in die vermachteten und tradierten Diskurse eines weißen Eurozentrismus: alle sozialen Verhältnisse werden auf ihre Differenz zum gedachten Normalzustand (West)europäischer liberal-kapitalistischer Gesellschaften

hin untersucht und markiert. Damit werden nicht nur Normabweichungen exotisiert oder abgewertet, sondern auch das Bild der Eigengesellschaft homogenisiert. Das „Anderere“ bildet den Spiegel, um sich des „Eigene“ zu vergewissern. Studien zur „Critical Whiteness“ nehmen die Formierung dieser Norm in den Blick und wenden sich der Erschaffung eines Normalzustands zu, der mit Privilegien verbunden ist.

### **3. Die unterdrückte Muslima – Referenzfolie kultureller Überlegenheit**

Der Selbstversicherungs-Diskurs der hegemonialen deutschen Öffentlichkeit wird nicht erst seit der Debatte um das Buch von Thilo Sarazzin auf dem Rücken von zumeist muslimisch markierten Migrantinnen ausgetragen. Bereits 2004 war eine große Mehrheit der Deutschen laut einer Allensbach-Studie der Auffassung, der Islam sei intolerant (71 %) und undemokratisch (60 %) – zudem gaben 93 % der Befragten an, sie denken beim Stichwort Islam an „Unterdrückung der Frau“. Diese 93 % sind mitnichten sämtlich ungebildet oder rechts – Feminist/innen sind sie aber leider auch nicht alle. Die Frauenbewegung könnte jubeln, erblickten 93 % der Deutschen Geschlechterungleichheit, sobald sie sie sich die Haare von einer schlecht bezahlten Friseurin schneiden lassen oder an einem stets von männlichem Priester geführten katholischen Gottesdienst teilnehmen. Aber in der Ablehnung des „frauenfeindlichen Islams“ treffen sich Bildungsbürgerinnen mit Bild-Zeitungslesern, Linke mit Rechten und allen dazwischen. Argumente des sonst so verächtlich abgelehnten Feminismus werden auf einmal zum allgemein akzeptierten Wertekonsens bei der Abgrenzung eines „Wir“ zu „dem Fremden“.

Und so werden öffentliche Debatten um die „Integration“ muslimischer Migrantinnen, das Kopftuch, oder – noch schlimmer – die Burka zu einem Ausgrenzungsprozess, für den sich eine feste diskursive Form entwickelt hat. Es findet eine Rassifizierung von Frauen mit Migrationshintergrund statt, die automatisch die viktimisierte und zu rettende Figur der durch ein „orientalisches Patriarchat“ unterdrückten Frau verkörpern. Dabei geht es aber nicht um Empathie den vermeintlich unterdrückten Frauen gegenüber (die auch nicht gefragt werden, ob sie überhaupt gerettet werden wollen), sondern muslimisierte Frauen werden zu „Grenzobjekten“, an denen die Fortschrittlichkeit der eigenen Kultur bewiesen werden kann. Die abendländische Kultur versichert sich ihrer Überlegenheit durch die Konstruktion eines rückständigen „orientalischen Anderen“ und fantasiert sich selbst als essentiell frauenfreundlich. Diese „kulturelle Überlegenheit“ legitimiert dann im Umkehrschluss koloniale Kontrolle, wie zum Beispiel das Burka-Verbot in Frankreich oder die „Einbürgerungstests“ für jahrelang in Deutschland lebende Menschen. Die Diskussion um Kopftuch und Schleier ist also kein ehrenrühriger Versuch, unterdrückte Frauen zu retten, sondern ein Kampf für eine hegemonial weiße Leitkultur, in dem erotisierte Selbstdarstellung und sexuelle Freizügigkeit mit Freiheit und Emanzipation verwechselt werden. Frauen werden hier zum Symbol des kulturellen Selbstverständnisses.

Die muslimisch markierten Frauen selber dürfen sich in diesem Diskurs freilich nicht äußern. Logisch, denn nur so kann das Stereotyp von dem vom „orientalischen Patriarchat“ unterdrückten Opfer aufrecht erhalten werden, dessen „Rettung“ propagiert wird. Zudem verfügen Migrantinnen

nicht über den Zugang zu der Deutungs- und Definitionsmacht, die öffentliche Diskurse strukturiert. Hier äußern sich vorwiegend weiße, konservative Männer und manchmal weiße Feminist/innen mit ihren Auffassungen zum „orientalischen Patriarchat“ und bestimmen, wer unterdrückt ist und wer nicht, was genau Muslima bedeutet und wer überhaupt dazugehört.

#### 4. Offene Fragen

Als sozialistischer und feministischer Richtungsverband haben wir uns schon intensiv mit der Verschränkung von Kapitalismus und Patriarchat als Herrschaftssysteme unserer Gesellschaft beschäftigt. Es gilt nun, unseren Blick zu weiten und die Frage des Rassismus systematisch in die Analyse existierender Dominanzstrukturen einzubeziehen. Rassismus darf nicht nur eine als intentionale Handlung einzelner, „unverbesserlicher“ Individuen abgetan werden, sondern muss als gesellschaftliche Struktur begriffen werden, die auch und gerade gegenüber Frauen wirkmächtig ist. Klasse, ethnische Zuschreibung und Geschlecht sind zentrale Strukturkategorien, nach denen sich gesellschaftliche Exklusionsmechanismen vollziehen.

Viele Fragen bleiben noch offen. Lässt sich überhaupt pauschal beantworten, welche der angeführten Kategorien wirkmächtiger ist? So ist die eklatante Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensungleichheit am stärksten auf den Kapitalismus zurückzuführen, aber die Frage, wie gefährlich das nächtliche Warten an einer Bushaltestelle für die eigene körperliche Unversehrtheit ist, ist eher eine Frage des Rassismus. Zudem sollten wir uns gemeinsam der Frage nähern, wie wir die heterogenen und überlappenden Ausgrenzungs-

strukturen und -diskurse in unserer Gesellschaft analysieren und in unsere politische Praxis einbeziehen können. Bildet eine Aufzählung und Hierarchisierung von Dominanzstrukturen (Kapitalismus, Patriarchat, Rassismus, Antisemitismus etc.) die Konflikte unserer Gesellschaft hinreichend ab, oder müssen wir vom Subjekt her denken, welches symbolische Ausgrenzung durch verschiedenste Zuschreibungen erfährt? Und welche Folgen müssen diese Erkenntnisse für unsere politische Praxis haben? Diese Fragen lohnen eine systematische Auseinandersetzung in Zukunft. ●

# QUALIFIZIERUNGSBEDARF UND QUALIFIZIERUNGSCHANCEN JUNGER MENSCHEN

Von Dr. Mona Granato, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn

## Schwerpunkt

Die Differenzierung der Lebenslagen und Pluralisierung der Lebensstile hat alle Menschen in Deutschland erreicht. Die Lebenswelten und Milieus von Menschen mit Migrationshintergrund – so die Milieu-Studie des Sinus-Instituts – unterscheiden sich dabei genauso voneinander wie die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Ein zentrales Resultat ist: Die Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund<sup>1</sup> ist in der gesellschaftlichen Realität Deutschlands längst angekommen. Denn Deutschland ist ein Einwanderungsland, in welchem Menschen unterschiedlichster sozialer, kultureller und geographischer Herkunft leben, lernen und arbeiten. Bei vielen Menschen mit Migrationshintergrund ist die direkte Migrationserfahrung inzwischen Geschichte. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche – sie haben meist in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt. Dennoch sind ihre Chancen einer gleichberechtigten Teilhabe an zentralen Ressourcen unserer

Gesellschaft – wie Bildung und Beruf – bisher unterproportional.

## 1. Bildungssystem: Innovation und Chancengerechtigkeit

Wachsende soziale Disparitäten, die in den Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen besonders deutlich werden, rücken das Ziel der gesellschaftlichen Integration, verstanden als die Chance aller hier lebenden Menschen auf eine gleichberechtigte Teilhabe an zentralen gesellschaftlichen Gütern in weite Ferne. Gerade die Debatte um die Integration junger Menschen in unsere Gesellschaft hat seit einigen Jahren – angestoßen durch die Ergebnisse der PISA Studien – erheblich an gesellschaftlicher und politischer Brisanz gewonnen. In Frage gestellt ist seither die Leistungs- und Integrationsfähigkeit des Bildungssystems – in doppel-

---

<sup>1</sup> Die Begriffe „Migranten“, Menschen „mit Migrationshintergrund“ bzw. „aus Migrantenfamilien“ sowie Menschen „ohne Migrationshintergrund“, bzw. „Nichtmigranten“ werden im Beitrag synonym verwendet.

ter Hinsicht: Inwieweit gelingt es ihm, Chancengerechtigkeit für alle herzustellen und welchen Beitrag leistet es für die Qualifizierung der Menschen in Deutschland?

Nach Ansicht von Experten trägt das Bildungssystem noch immer zu wenig dazu bei, dass Deutschland aktuellen wie künftigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen gelassen entgegen sehen kann. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland in puncto Innovationsfähigkeit lediglich einen mittleren Rang ein und gehört nicht zur Spitzengruppe wie Schweden und andere nordeuropäische Länder (Belitz 2008:717). Was die Bildung betrifft befindet sich Deutschland sogar auf einem der hinteren Ränge (Platz 15 von 17). Die Autoren der Studie bezeichnen das Bildungswesen in Deutschland daher als „Achillesferse“ des Innovationssystems (Belitz 2008:717). Sie sehen die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gefährdet, wenn es nicht gelingt, genügend Menschen gut zu qualifizieren.

Gleichzeitig leistet das Bildungssystem bisher zu wenig, bestehende soziale Ungleichheiten im Bildungsverlauf auszugleichen und dem Ziel von Bildungsgerechtigkeit näher zu kommen. Ungleiche Startchancen von Kindern zu Beginn ihrer Schulzeit werden im weiteren Bildungsverlauf nicht verringert, sondern verstärkt; sozial bedingte Bildungsungleichheit im (formalen) Bildungssystem nicht abgebaut, sondern vergrößert. Eine Folge hiervon: Am Ende der Bildungsphase hat rund jeder siebte junge Mensch in Deutschland keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Die Barrieren, denen gerade Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund auf dem Weg durch die Bildungsinstitutionen begegnen tragen wesentlich dazu bei, dass sie als junge Erwachsene erheblich häufi-

ger ohne abgeschlossene Berufsausbildung und somit ohne Aussichten auf eine tragfähige berufliche Integration bleiben. Junge Erwachsene mit Migrationshintergrund haben in der Altersgruppe der 20 – 30-Jährigen mit 31 % derzeit mehr als doppelt so oft wie die Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund (13 %) keine abgeschlossene Berufsausbildung (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010).

Vor diesem Hintergrund analysiert der folgende Beitrag den Qualifizierungsbedarf aus gesellschaftlicher wie individueller Perspektive sowie die Qualifizierungschancen junger Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Übergang Schule – Ausbildung.<sup>2</sup>

## **2. Gesellschaftlicher und individueller Qualifizierungsbedarf**

Der Ausspruch des finnischen Bildungsexperten Jukka Sarjala trifft auf Deutschland in besonderer Weise zu: „Wir brauchen hier jeden – hoffnungslose Fälle können wir uns nicht erlauben“. Dies gilt gerade vor dem Hintergrund der gewaltigen demografischen Herausforderungen. Um den Anteil der Erwerbstätigen zur Gesamtbevölkerung etwa auf dem heutigen Stand zu halten ist es erforderlich die Erwerbstätigenquote von heute knapp 70 % bis 2020 auf 76 % zu steigern. Dies erreichen bisher nur wenige Länder wie Schweden, die Niederlande oder Dänemark. Hierfür müssen alle Arbeitsmarktreserven genutzt und alle Qualifikationspotenziale auch der nachwachsenden Generation in Deutschland voll ausgeschöpft

---

2 Dieser Beitrag ist ein Resultat des Forschungsprojekts „Ausbildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).

werden. Sollte dies nicht geschehen, so beträgt der aus dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften resultierende „volkswirtschaftliche Gesamtschaden bis 2020 etwa 1,2 Billionen Euro“. Denn „Bildungsarmut erzeugt Wachstumsarmut“ – so die Robert-Bosch-Stiftung (Robert Bosch Stiftung (Hrsg.) 2008:20).

Will Deutschland nicht aufgrund fehlender Fachkräfte auf einen großen Teil seines gesellschaftlichen Wohlstandes verzichten, ist die Qualifizierung aller Menschen und aller Generationen in Deutschland unerlässlich. Bereits heute stammen 27 % der Jugendlichen in Deutschland aus Familien mit Migrationshintergrund, in vielen Ballungsgebieten sogar über 40 %. Der demographische Wandel bedeutet auch, dass der Zeitpunkt naht, an welchem in den Großstädten Westdeutschlands mehr als die Hälfte der Kinder in Familien mit einer Migrationsgeschichte aufwächst. Ihr Qualifizierungspotential ist daher unabdingbar für Deutschland.

Der individuelle Qualifizierungsbedarf der Jugendlichen ist hoch. So formulieren die meisten jungen Frauen und Männer in Deutschland unmittelbar nach der Schulzeit ihren Qualifizierungsbedarf konkret: Nach der BIBB-Übergangstudie<sup>3</sup> haben 85 % der SchulabgängerInnen klare (Aus) Bildungsziele und konkrete Qualifizierungspläne. Rund 70 % der SchulabgängerInnen möchten eine berufliche Qualifizierung beginnen, sei es eine betriebliche (61 %) oder eine berufsfachschulische (10 %) Ausbildung. Die Aufnahme eines Studiums ist für rund 12 % das nächste Bildungsziel (Beicht/Granato 2009:11). Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund<sup>4</sup> unterscheiden sich nur wenig in ihrem Bildungsbedarf. Dies gilt für junge Frauen und Männer gleichermaßen – auch bei Berücksichtigung des

Schulabschlusses (z. B. Beicht/Granato 2009, 2010).

Doch die Jugendlichen formulieren diesen Qualifizierungsbedarf nicht nur abstrakt, sondern sie versuchen ihre Bildungsziele auch aktiv umzusetzen. So ist die große Mehrheit der SchulabgängerInnen, die eine berufliche Bildung anstrebt, konkret auf Lehrstellensuche. Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Migrationshintergrund sind bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz genau so flexibel und engagiert. Lediglich bei den Netzwerkressourcen zeigen sich Unterschiede: Jugendliche mit Migrationshintergrund werden (oder können) von ihren Eltern und ihrem privaten Umfeld seltener dabei unterstützt (werden), Kontakte zu Ausbildungsbetrieben herzustellen. Nutzung des Internets sowie überregionale Bewerbungen sind unabhängig von Herkunft und Geschlecht (Beicht/Granato 2009, 2010). Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit Migrationshintergrund erhal-

---

3 In der BIBB-Übergangsstudie 2006 wurden auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobe mittels computergestützter Telefoninterviews Jugendliche der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1988 befragt. Es handelt sich um eine retrospektive Längsschnitterhebung, in der die Bildungs- und Berufsbiografie erfasst wurde. Berücksichtigt werden bei den folgenden Analysen rund 5.500 Befragte, die die allgemeinbildende Schule bereits vor dem Jahr 2006 verlassen haben, und für die somit Informationen über den weiteren Werdegang vorliegen. Über 1.000 Befragungspersonen haben einen Migrationshintergrund (23 %).

4 Der Migrationshintergrund wird „indirekt“ definiert: Kein Migrationshintergrund wird angenommen, wenn ein Jugendlicher die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, zudem als Kind in der Familie zuerst ausschließlich die deutsche Sprache gelernt hat und außerdem Vater und Mutter in Deutschland geboren sind. Treffen diese Bedingungen nicht vollständig zu, wird von einem Migrationshintergrund ausgegangen (Beicht/Granato 2009:10).

ten allerdings seltener als diejenigen ohne Migrationshintergrund die Chance auf ein Bewerbungsgespräch (z. B. Beicht/Granato 2009, 2010).

Der hohe Qualifizierungsbedarf von Jugendlichen wird – unabhängig von der Migrationsherkunft – nicht nur klar formuliert, sondern durch die engagierten Suchaktivitäten an der ersten Schwelle konkret eingefordert. Die Gründe für die geringere Teilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund an beruflicher Ausbildung liegen demnach nicht in einem fehlenden oder unzureichend formulierten Bildungsbedarf, d. h. in ihren Bildungspräferenzen oder Suchstrategien am Übergang Schule – Ausbildung.

### 3. Qualifizierungschancen

Der Übergang Schule – Ausbildung hat sich im vergangenen Jahrzehnt angesichts der schwierigen Lage auf dem Ausbildungsmarkt für viele Jugendliche zu einer unsicheren Lebensphase entwickelt. Die Veränderungen an dieser Statuspassage werden besonders deutlich bei der erheblich gewachsenen Zahl von SchulabgängerInnen, die eine oder mehrere Maßnahmen bzw. Bildungsgänge im sog. Übergangssystem durchlaufen, die nicht zu einem Berufsabschluss führen (Beicht 2009; Eberhard/Ulrich 2010). Der Besuch solcher Maßnahmen trägt bei jungen MigrantInnen allerdings seltener als bei denjenigen ohne Migrationshintergrund dazu, dass sie im Anschluss in eine vollqualifizierende Ausbildung einmünden (Beicht 2009). In den ersten drei Jahren nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule gelingt ihnen seltener ein unmittelbarer und dauerhafter Übergang in eine betriebliche oder berufsfachschulische Ausbildung als der einhei-

mischen Vergleichsgruppe, wie sich beispielsweise anhand der BIBB – Übergangsstudie nachweisen lässt (mit MH 43 %, ohne MH 60 %). Demgegenüber durchlaufen sie erheblich häufiger langwierige und schwierige Übergangsprozesse, bei denen ihnen die Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung selbst nach drei Jahren nicht gelingt (mit MH 30 %, ohne MH 17 %, Beicht/Granato 2009:16-18).<sup>5</sup>

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben zwar einen ebenso hohen Qualifizierungsbedarf und setzen Suchstrategien ähnlich intensiv wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund ein, um ihr Ziel zu erreichen (vgl. Abschnitt 2). Dennoch sind ihre Chancen, in eine Ausbildung einzumünden – selbst bei gleichen schulischen Voraussetzungen – wesentlich geringer.

Verfügen Jugendliche, die eine betriebliche oder schulische Ausbildung anstreben, maximal über einen Hauptschulabschluss, so beginnen im Laufe eines Jahres diejenigen mit Migrationshintergrund mit 42 % erheblich seltener eine vollqualifizierende Berufsausbildung als diejenigen ohne Migrationshintergrund mit 62 %. Nach drei Jahren ist es dann 68 % der jungen MigrantInnen und 86 % der einheimischen Jugendlichen gelungen, eine vollqualifizierende Ausbildung aufzunehmen.

Liegt ein mittlerer Schulabschluss vor, so ist die Chance ihr Qualifizierungsziel zu erreichen in beiden Gruppen deutlich höher. So sind nach einem Jahr 55 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund und 74 % derjenigen ohne Migrationshintergrund in eine Berufsausbildung eingemündet. Im Verlauf von drei Jahren sind 79 % der Jugendlichen aus MigrantInnenfamilien

---

<sup>5</sup> Dieser Abschnitt fasst wesentliche Ergebnisse der Expertise Beicht/Granato 2009 zusammen.

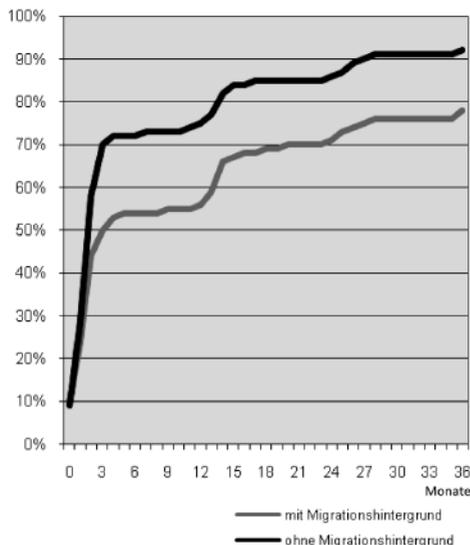
und 91 % derjenigen aus einheimischen Familien bei der Ausbildungsplatzsuche erfolgreich gewesen (Beicht/Granato 2009, S. 20f).

Bei maximal Hauptschulabschluss liegt die Chance auf einen Ausbildungsplatz für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu fast allen Zeitpunkten um rund 20 Prozentpunkte niedriger als bei jungen Menschen ohne Migrationshintergrund. Auch bei einem mittleren Schulabschluss sind die Abweichungen zunächst ähnlich hoch. Erst im Zeitverlauf kommt es zu einer leichten Annäherung – dennoch beträgt die Differenz auch hier nach drei Jahren noch über 10 Prozentpunkte.

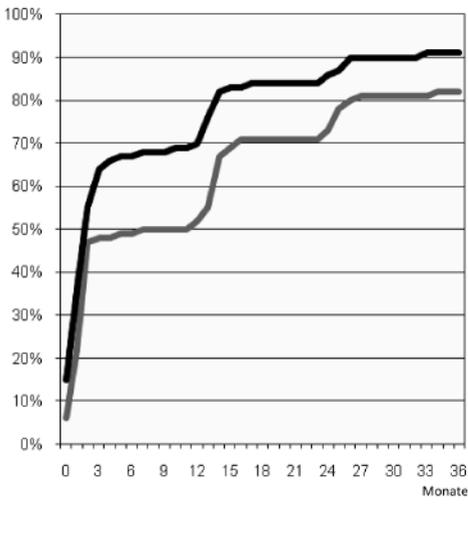
Für die Qualifizierungschancen sind auch die Noten auf dem Abschluss- bzw. Abgangszeugnis der allgemeinbildenden Schule von besonderer Bedeutung, da sie als geeigneter Prädiktor für die Leistungsfähigkeit der Jugendlichen angesehen werden. Verfügen SchulabgängerInnen mit einem mittleren Schulabschluss über eher gute Noten, so nehmen von denjenigen mit Migrationshintergrund im Laufe eines Jahres 56 % eine vollqualifizierende Ausbildung auf, von denjenigen ohne Migrationshintergrund 75 %. Nach drei Jahren sind 78 % der Jugendlichen mit und 92 % der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund in eine Ausbildung eingemündet.

*Übersicht 1: Wahrscheinlichkeit der Einmündung in eine Berufsausbildung (betrieblich, außerbetrieblich, schulisch) – Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund mit mittlerem Schulabschluss nach Notendurchschnitt (kumulierte Einmündungsfunktion)*

(relativ) guter Notendurchschnitt (bis 2,9)



mittlerer bis schlechter Notendurchschnitt (ab 3,0)



*Schätzung nach der Kaplan-Meier-Methode; zur Methode. Basis: Personen der Geburtsjahrgänge 1982 bis 1988, die bei Verlassen des allgemeinbildenden Schulsystems eine betriebliche oder schulische Ausbildung suchten.*

*Quelle: Beicht/Granato 2009:22 auf der Grundlage der BIBB-Übergangsstudie*

Fallen bei einem mittleren Abschluss die Schulnoten durchschnittlich bis schlecht aus, so beginnen innerhalb eines Jahres 52 % der RealschulabsolventInnen mit Migrationshintergrund und 70 % derjenigen ohne Migrationshintergrund eine Ausbildung. Nach drei Jahren haben 82 % der RealschulabsolventInnen mit und 91 % derjenigen ohne Migrationshintergrund den Übergang in eine Ausbildung geschafft (Beicht/Granato 2009:20-23).

Gute schulische Voraussetzungen wirken sich bei einheimischen SchulabgängerInnen immer als förderlich für die Einmündung in eine vollqualifizierende Ausbildung aus, bei eingewanderten SchulabgängerInnen mit einem mittleren Abschluss jedoch nur zum Teil. Vor allem jungen MigrantInnen mit guten Schulzeugnissen gelingt die Aufnahme einer Ausbildung erheblich seltener als der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund (Beicht/Granato 2009:20-23).

Bei gleichem Qualifizierungsziel und vergleichbaren Suchstrategien und selbst bei gleichen schulischen Voraussetzungen haben Jugendliche mit Migrationshintergrund geringere Chancen, in eine Ausbildung einzumünden. Die BIBB-Schulabgängerbefragungen zeigen zudem, dass SchulabsolventInnen mit Migrationshintergrund, die einen Ausbildungsplatz finden, nur halb so oft in ihrem „Wunschberuf“ ausgebildet werden wie einheimische Schulabgänger (Diehl u.na. 2009).

Diese Ergebnisse belegen, dass die schulischen Voraussetzungen wie Schulnoten und Schulabschlüsse von SchulabgängerInnen mit Migrationshintergrund kein ausreichender Erklärungsansatz für ihre geringere Einmündungsquote in eine duale oder berufsfachschulische Ausbildung sind. Nimmt man die kognitive Leistungsfähig-

keit als Indikator, so ist das Resultat das Gleiche.

Weitere Einflussgrößen erweisen sich zwar als relevant (statistisch signifikant) für den Einmündungserfolg in eine Ausbildung erklären jedoch die geringeren Ausbildungschancen von SchulabsolventInnen mit Migrationshintergrund nicht vollständig. Junge Menschen aus Migrantenfamilien verfügen zwar häufiger als junge Nichtmigranten über einen Hauptschulabschluss, und ihre Schulnoten fallen im Durchschnitt etwas schlechter aus. Ihre Eltern sind weniger gut gebildet und der Vater hat seltener eine qualifizierte Tätigkeit. Bei gleichzeitiger Berücksichtigung all dieser Faktoren bleibt dennoch ein eigenständiger Einfluss des Migrationshintergrunds bestehen. Dies deutet darauf hin, dass sich schon allein das Vorhandensein eines Migrationshintergrunds bei der Ausbildungsplatzsuche nachteilig auswirkt (Beicht/Granato 2009, 2010).

#### 4. Diskussion der Ergebnisse

Die in Theorie und Praxis lange Zeit verwendeten Ansätze zur Erklärung der geringeren Einmündungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund in eine Ausbildung, die individuelle Einflussfaktoren wie geringe schulische Bildung, fehlende deutsche Sprachkenntnisse, unzureichende (Aus)Bildungsorientierung mit der These der kulturellen Differenzierung verknüpften, sind mittlerweile grundlegend dekonstruiert (vgl. z. B. Boos-Nünning/Granato 2008). Formale Bildungsvoraussetzungen können ebenfalls keinen Beitrag mehr leisten zur abschließenden Erklärung der geringeren Zugangschancen. Die gleichberechtigte Verwertung derselben Bildungsvoraussetzungen scheint bisher nur zum Teil gegeben.

Auch das soziale Kapital, z. B. die Unterstützung über verwandtschaftliche Netzwerke bei der Ausbildungsplatzsuche sowie die sozioökonomische Positionierung des Elternhauses bietet bislang keine hinreichende Erklärung für die geringeren Chancen junger Menschen mit Migrationshintergrund erfolgreich in eine Ausbildung einzumünden (Beicht/Granato, 2010; Eberhard/Ulrich 2010).

Während Erklärungsansätze, die auf die individuelle Perspektive der Jugendlichen und ihrer Familien zielen in Gegenwart und Vergangenheit als Einflussfaktoren für die geringeren Zugangschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund intensiv untersucht wurden, gibt es nur wenige Forschungsarbeiten, die auf die strukturelle Perspektive, also die Rahmenbedingungen des Ausbildungssystems für den Zugang von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Ausbildung blicken.

Das Ausbildungsplatzangebot in Deutschland ist regional unterschiedlich verteilt. Regionen mit einem fast ausgeglichenen Ausbildungsmarkt stehen solchen mit starken Disparitäten und z. B. einem hohen Bewerberandrang gegenüber (Eberhard/Ulrich 2010). Doch auch unter Berücksichtigung des regional unterschiedlichen Ausbildungsplatzangebots lassen sich die geringeren Zugangschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Ausbildung immer noch nicht abschließend erklären (Eberhard/Ulrich 2010:11-16).

Hingegen sind Selektionsprozesse privater wie öffentlicher Arbeitgeber am Übergang Schule – Ausbildung stärker in den Blick zu nehmen, besonders negative gruppenspezifische Zuschreibungen von Personalverantwortlichen und anderen Entscheidern gegenüber Jugendlichen mit Migrationshintergrund bzw. bestimmten Gruppen

von Jugendlichen. Dies gilt auch für das Erklärungspotenzial der Argumentationsmuster, die hinter den Entscheidungen der Personalauswahl stehen und die – laut einer Schweizer Studie – einen erheblichen Einfluss auf die geringeren Zugangschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund in eine betriebliche Ausbildung haben können (Imdorf 2009).

## 5. Fazit

Qualifizierungsbedarf und Qualifizierungschancen klaffen in Deutschland weit auseinander. Sowohl aus gesellschaftlicher als auch aus individueller Sicht der Jugendlichen besteht ein erheblicher Qualifizierungsbedarf, dem jedoch – gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund – nicht die entsprechenden Qualifizierungschancen in der beruflichen Ausbildung gegenüberstehen.

Die Herausbildung beruflicher Kompetenzen und das Erreichen eines anerkannten Berufsabschlusses scheitert bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund vielfach schon daran, dass sie seltener als Schulabgänger ohne Migrationshintergrund in eine Ausbildung, sei sie dual oder berufsfachschulisch einmünden – auch bei gleichen schulischen Voraussetzungen und Bildungszielen. Für die Frage inwieweit Bildungssysteme dazu beitragen, Bildungsgerechtigkeit herzustellen sowie ein ausreichendes und qualifiziertes Fachkräfteangebot bereitzustellen, ist dieser Befund niederschmetternd. Zudem erhalten diejenigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die in eine Ausbildung einmünden, besonders häufig in den Segmenten des Ausbildungsmarktes einen Ausbildungsplatz, die – so erste empirische Hinweise – von ungünstigeren Ausbildungs- und Rahmenbedingungen betroffen sind.

Das Bildungssystem, das duale und schulische Ausbildungssystem sowie das Hochschulsystem haben es sich seit Jahrzehnten geleistet einen Teil der Jugend ohne Berufsbildung in die Arbeitswelt zu entlassen – zu einem erheblichen Teil mit Migrationshintergrund. Es genügt nicht, dies festzustellen und zu bedauern. Vielmehr sind zwei entscheidende bildungspolitische Weichenstellungen vorzunehmen:

### **„Jedem ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsvertrag“**

Im Mittelpunkt sollte die bildungspolitische Zielsetzung „Jedem ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsvertrag“ stehen, um die Zugangschancen gerade junger Menschen mit Migrationshintergrund zu einer vollqualifizierenden Ausbildung direkt im Anschluss an die Schulzeit nachhaltig zu unterstützen. Priorität sollten Maßnahmen erhalten, die dazu beitragen jedem Schulabgänger unmittelbar nach Schulabschluss einen Ausbildungsvertrag anzubieten. Nur dadurch können unnötige und kostspielige Warteschleifen vermieden werden. Die Nutzung und Schaffung betrieblicher Ausbildung sollte vor außerbetrieblicher Ausbildung Vorrang haben – z. B. über anonymisierte Bewerbungsverfahren. Statt Übergänge zu finanzieren gilt es bestehende bzw. freiwerdende Kapazitäten – bei individuellem Bedarf – in eine kontinuierliche Ausbildungsbegleitung fließen zu lassen. Lernbegleitung wie sozialpädagogische Betreuung und dementsprechende Angebote sollten hier Vorrang haben (Beicht/Granato 2009).

### **Eine „zweite“ Chance für Jeden – Keiner ohne Abschluss einer Berufsqualifizierung“**

Die zweite bildungspolitische Priorität zielt auf: „Eine ‚zweite‘ Chance für Jeden – Keiner ohne Abschluss einer Berufsqualifizierung“. Erheblich stärker als bisher sind die in Pilotprojekten erfolgreich erprobten Strategien und Verfahren der „zweiten Chance“ zur Nachqualifizierung in einem anerkannten Beruf für junge Erwachsene, die auf ihren bisherigen beruflichen Erfahrungen und Kompetenzen beruhen, auszubauen. Die berufs begleitende modulare Nachqualifizierung bedarf dringend einer flächendeckenden Ausweitung und benötigt hierzu eine bundesweite Regelförderung, um den rund 1,09 Millionen jungen Ungelernten mit Migrationshintergrund und den rund 1 Millionen jungen Ungelernten ohne Migrationshintergrund ein Angebot zur beruflichen Nachqualifizierung in einem anerkannten Beruf zu unterbreiten (Beicht/Granato 2009).

Die Zukunft der Gesellschaft ist ohne die Beteiligung gerade dieses Teils der heutigen Jugend nicht denkbar. Ein Innovationsland wie Deutschland kann es sich nicht leisten, dass so viele junge Erwachsene ohne eine anerkannte Berufsausbildung bleiben. Mehr Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen bedeutet auch, das in der UN-Charta verbrieft Recht auf Bildung in Deutschland nachhaltig in einem chancengerechten Bildungswesen umzusetzen. Denn Gesellschaft und Wirtschaft brauchen die Jugend von heute und ihre Vielfalt mindestens ebenso sehr wie umgekehrt. ●

## Literatur

---

Beicht, Ursula 2009: Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? Zur Bedeutung und Wirksamkeit von Bildungsgängen am Übergang Schule – Berufsausbildung. BIBB REPORT 11/09, Bonn (<http://www.bibb.de/de/52414.htm>)

Beicht, Ursula/Granato, Mona 2009: Übergänge in eine berufliche Ausbildung. Geringere Chancen und schwierige Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund. In: WISO Diskurs. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). Bonn. (<http://www.bibb.de/de/52287.htm>)

Beicht, Ursula; Granato, Mona 2010: Ausbildungsplatzsuche: Geringere Chancen für junge Frauen und Männer mit Migrationshintergrund. BIBB-Analyse zum Einfluss der sozialen Herkunft beim Übergang in die Ausbildung unter Berücksichtigung von Geschlecht und Migrationsstatus. BIBB Report 15. Bonn. (<http://www.bibb.de/de/56246.htm>)

Beicht, Ursula; Ulrich, Joachim Gerd 2008: Welche Jugendlichen bleiben ohne Berufsausbildung? Analyse wichtiger Einflussfaktoren unter besonderer Berücksichtigung der Bildungsbiografie. BIBB Report 6, Bonn (<http://www.bibb.de/de/49930.htm>)

Belitz, Heike 2008: „Achillesferse Bildung“. In: Wochenbericht des DIW Berlin. Nr. 46, S. 716-724

Boos-Nünning, Ursula; Granato, Mona 2008: Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund: Ausbildungschancen und Ausbildungsorientierung. Forschungsergebnisse und offene Fragen. In: IMIS-Beiträge, H. 34, S. 57-89.

Diehl, Claudia; Friedrich, Michael; Hall, Anja 2009: Jugendliche ausländischer Herkunft beim Übergang in die Berufsausbildung: Vom Wollen, Können und Dürfen. In: Zeitschrift für Soziologie 38, H. 1, S. 48-68.

Eberhard, Verena; Ulrich, Joachim Gerd 2010: Übergänge zwischen Schule und Berufsausbildung. In: Bosch, Gerhard; Krone, Sirikit; Langer, Dirk (Hrsg.): Das Berufsbildungssystem in Deutschland. Wiesbaden, S. 133-148

Gericke, Naomi; Uhly, Alexandra 2010: Trotz steigender Ausbildungsbeteiligung ausländische Jugendliche nach wie vor unterrepräsentiert. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP), Heft 3, S. 4-5.

Imdorf, Christian 2009: Wie Ausbildungsbetriebe soziale Ungleichheit reproduzieren: Der Ausschluss von Migrantenjugendlichen bei der Lehrlingsselektion. In: Krüger, Heinz-Hermann u.a. (Hrsg.): Bildungsungleichheit revisited. Wiesbaden

Robert Bosch Stiftung (Hrsg.) 2008: Zukunftsvermögen Bildung. Wie Deutschland die Bildungsreform beschleunigt, die Fachkräftelücke schließt und Wachstum sichert. Unter Mitwirkung von H. Ditton; P. Fauser; M. Prenzel; J. Oelkers; M. Schratz.

Seibert, Holger; Hupka-Brunner, Sandra; Imdorf, Christian 2009: Wie Ausbildungssysteme Chancen verteilen. Berufsbildungschancen ethnischer Herkunft in Deutschland und der Schweiz unter Berücksichtigung des regionalen Verhältnisses von betrieblichen und schulischen Ausbildungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (61), Heft 4, S. 595-620

Skrobanek, Jan 2009: Migrationsspezifische Disparitäten im Übergang von der Schule in den Beruf. Ergebnisse aus dem DJI-Übergangspanel. Deutsches Jugendinstitut. Wissenschaftliche Texte, Heft 1. München



Bei Unzustellbarkeit wegen Adressänderung erfolgt die Rücksendung an  
den Herausgeber unter Angabe der gültigen Empfängeranschrift

Postvertriebsstück G 61797  
Gebühr bezahlt